

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Tagesblatt Riesa,
Gemeindef. Nr. 20.

Amtsblatt

Postkontonr.: Leipzig 21366,
Girokassa Riesa Nr. 52.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröb. a.

Nr. 27.

Freitag, 1. Februar 1918, abends.

71. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite Grundchrift-Zeile (7 Zeilen) 25 Pf., Kreispreis 30 Pf.; zeilenübergreifend und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig, durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konflikt gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Abschaltung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Waackstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Nach der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 17. Januar dieses Jahres (RWB. S. 327) erhalten Verletzte, die auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung eine Rente von 1/3, oder mehr der Vollrente beziehen, für die Zeit bis 31. Dezember 1918 nach folgender Maßgabe eine Zulage:

1. Die monatlich im Voraus zahlbare Zulage wird nur auf besonderen Antrag in Höhe von 8 Mark bewilligt, sofern der Verletzte sich im Inlande aufhält und nicht Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird. Zu diesem Zwecke sind die Gesuche, aus denen der genaue Name des Versicherungssträgers — Berufsenossenschaft — hervorgeht, hinreichend über die Bedürftigkeit von der Ortsbehörde zu beschleunigen.

2. Der Antrag ist an den Versicherungssträger oder an das zuständige Versicherungsamt des Wohnortes zu richten.

3. Der Versicherungssträger entscheidet schriftlich über die Gesuche. Bei völliger oder teilweiser Ablehnung des Antrags werden die Gründe mitgeteilt.

4. Gegen die Entscheidung des Versicherungssträgers ist binnen einem Monat nach Zustellung Einspruch an das Oberversicherungsamt (Spruchkammer) zulässig. Ueber den Einspruch entscheidet dasjenige Oberversicherungsamt, welches zu entscheiden hätte, wenn es sich um eine Berufung gegen einen Endbescheid des Versicherungssträgers handeln würde.

5. Ist ein Antrag endgültig abgelehnt worden, weil die Voraussetzungen im Sinne von Punkt 1 dieser Bekanntmachung nicht vorliegen, so kann der Antrag nur wiederholt werden, wenn glaubhaft bescheinigt wird, daß inzwischen Umstände eingetreten sind, welche die Gewährung der Zulage rechtfertigen.

6. Die Zulage wird nur für volle Kalendermonate und nicht länger als drei Monate rückwärts, gerechnet vom Beginn des Monats, in welchem der Antrag eingegangen ist, gewährt.

Die Zulage fällt weg, wenn die Rente ruht, oder wenn der Verletzte sich gewöhnlich im Ausland aufhält, oder wenn er nicht mehr eine Rente in der in Punkt 1 angegebenen Höhe bezieht.

7. Die Zulage wird dem Berechtigten auf Anweisung des Versicherungssträgers vorzuschussweise durch die für die Rentenzahlung zuständige Postanstalt gegen Quittung ausbezahlt. Die Zahlstelle wird dem Berechtigten von dem Versicherungssträger mitgeteilt.

8. Jede Person, die berechtigt ist, ein öffentliches Siegel zu führen, ist befugt, die bei den Zahlungen erforderlichen Bescheinigungen zu beglaubigen.

Großenhain, am 29. Januar 1918.

V. A. Das Versicherungsamt der Königl. Amtshauptmannschaft.

Nach der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 3. Januar dieses Jahres (Reichsgesetzblatt Seite 7) erhalten Empfänger einer Invaliden-, Witwen- und Wittwenrente, wenn sie sich im Inlande aufhalten, für die Zeit bis zum 31. Dezember 1918 eine Zulage zu ihrer Rente nach folgender Maßgabe:

1. Die Zulage beträgt:
a) für Empfänger einer Invaliden- und Krankenrente monatlich 8 Mark,
b) für Empfänger einer Witwen-, Witwen- oder Wittwenrentenrente monatlich 4 Mark.

Für die Quittungen zu a) sind die Vordrucke J und K, für die Quittungen unter b) die Vordrucke W 6 und WK 6 zu benutzen.

Die Rente wird monatlich im Voraus, jedoch nur für volle Kalendermonate des Rentenbezugs und erstmalig für Februar dieses Jahres gezahlt.

Bei gleichzeitiger Auszahlung für mehrere Kalendermonate ist für jeden Monat eine besondere Zulagenquittung erforderlich.

Die Empfänger von Alters- und Witwenrenten erhalten keine Zulage.

2. Den in § 120 Absatz 2 Satz 2, § 1276 Absatz 1 Satz 2, §§ 1277, 1531, 1536, 1541, 1544 der Reichsversicherungsordnung bezeichneten Gemeinden, Armenverbänden, Versicherungssträgern ufm. wird die Zulage nicht gewährt. In diesen Fällen ist von ihnen auf die Rentenquittung der Vermerk zu setzen: Zulage nicht zahlbar.

Vertikales und Sächliches.

Riesa, den 1. Februar 1918.

— Auszeichnungen. Dem Sergeanten Paul Schindler im Feld. Art.-Regt. 32, Sohn des Pensionärs Moritz Schindler, wurde das Eisene Kreuz 1. Klasse verliehen; er ist bereits Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse und der Friedrich-August-Medaille in Silber. — Der Schütze Kurt Krieger, Sohn des Malermeisters Krieger, erhielt die Friedrich-August-Medaille; das Eisene Kreuz 2. Klasse hat er früher erhalten.

Theater. In der Sonntagsvorstellung der Richterischen Gesellschaft im Hoftheater wird die Hof. Schöpfung. Diebeslängerin und Solotänzerin Frau. Hanna Schuberth mit dem indischen Schlangentanz gastieren. Die Künstlerin hat diesen Tanz bei Eröffnung der bulgarischen Neujahrsfeier in Dresden in dem orientalischen Café vor Sr. Maj. dem Könige aufgeführt. In dem Bericht der „Dresdner Nachrichten“ heißt es darüber: Namentlich ein mit vollendetem Geiste dargebotener indischer Tanz von Frau. Schuberth fand das lebhafteste Interesse des Königs, der sich die Künstlerin vorstellen und die Einzelheiten des Tanzes erklären ließ.

— Eine nicht gerade verlockende Sammlung stark von einander abweichender Witterungen wurde uns in den letzten Wochen beschert. Den Schneestürmen folgten die Tage des Matsches und der Risse. Hierauf zeigte der Wettergott, daß er auch andere Vorräte in seinem Lager habe und ließ plötzlich ein schon beinahe warme Frühlingssonne auf die Erde herabscheinen. Nachdem die Menschen sich an diesen milden Tagen erfreut hatten, wurde abermals eine neue „Matte“ eingeschickt und so liegt die Welt jetzt allmählich im Nebelmeer. Ganz klar ist es in der vergangenen Woche wohl überhaupt noch nicht geworden, wenn man auch des Mittags etwa 100 Meter weit vor Augen sehen kann. Des Abends aber liegen dann die weißen Schwaden um so dichter in den Straßen. In der vergangenen Nacht fiel das Quecksilber merklich zurück. Infolge des herrschenden Nebels führte der Frost zu Rauchschichten an Bäumen und Sträuchern, so daß wir zur Abwechslung wieder einmal die schönsten Winterbilder bewundern konnten.

— Landgericht. Die fünfte Strafkammer des Dresdner Landgerichts verhandelte gegen den 33 Jahre alten L. aus Rindris wegen Diebstahl im Rückfalle. Der Angeklagte verübte gegenwärtig eine zweijährige Jugendstrafe, die ihm am 18. vorigen Monats von dem Landgericht in Raumburg zuerkannt worden ist. Die heutige Beweisaufnahme ergab, daß L. am 14. März vo-

rigen Jahres gemeinschaftlich mit seinem Bruder und dem Kutscher St. in Riesa aus einem Stalle des Gärtnereibesizers St. sechs Indiskaninchen im Werte von 90 Mark gestohlen, sowie nach seiner Zeit in der Umgegend in 4 Fällen Hunde im Gesamtwerte von mindestens 200 Mk. auf der Straße abgefangen, mit sich nach Hause genommen und dahielt geschlachtet hat. L. erhielt nunmehr eine Gesamtstrafe von 2 Jahren 3 Monaten Jugendhaus, 5 jährigem Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

— Verbot des Füllens von Eichen. Durch die Bekanntmachung der kgl. Generalkommandos 12. und 18. Nr. 1 vom 30. Januar 1918 wird das Füllen von Eichen bis zu 40 Jahren verboten. Erlaubt ist nur das Füllen solcher Eichen zum Zwecke der Gärtnereigewinnung. Ausnahmen können im Bereiche des kgl. Generalkommandos 12 von dessen Kriegs-Kobholz-Stelle, im Bereiche des kgl. Generalkommandos 18 von der Kriegskammerstelle Leipzig bewilligt werden.

— Hinweis. Die Bekanntmachung, betreffend Höchstpreise für Spinnpapier aller Art sowie für Papiergarne und -bindfäden vom 10. Juli 1917 Nr. W. II. 700/5, 17. R. N. A. ist durch eine Nachtragsbekanntmachung vom 1. Februar 1918 Nr. Paga. 1200/11, 17. R. N. A. in mehrfacher Beziehung ergänzt und abgeändert. Zur Preisstafel I der Bekanntmachung vom 10. Juli 1917 sind zwei Nachträge vorgelesen. Die Preisstafel II hat unter II A eine andere Fassung bekommen; unter II B sind Nachtrag 1 und 2 fortgesetzt; II B 2 und II B 1 (Zulage) sind ergänzt. Ferner ist abgeändert der § 3 der Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme von Spinnpapier, Papiergarne, Zellstoffgarne und Papierbindfäden sowie Nebeprodukte über Papiergarnerzeugung vom 23. Oktober 1917 Nr. Paga. 1/10, 17. R. N. A. in seinem letzten Absatz durch eine Nachtragsbekanntmachung vom 1. Februar 1918 Nr. Paga. 1500/11, 17. R. N. A. Nach dieser Abänderung ist an jede erlaubte Lieferung von Spinnpapier, Papiergarne, Zellstoffgarne und Papierbindfäden die weitere Bedingung der Einhaltung bereits festgelegter oder noch festzusetzender Höchstpreise oder sonst vorgezeichneter Höchstpreise geknüpft. Nach dem Inkrafttreten von Höchstpreisen dürfen höhere Preise nur dann noch berechnet werden, wenn der Belegstein oder Freigabelstein für die betreffende Lieferung spätestens am Tage des Inkrafttretens der Höchstpreise von der Kriegs-Kobholz-Abteilung genehmigt, bzw. ausgestellt ist. Der genaue Wortlaut beider Nachtragsbekanntmachungen ist bei den Polizeibehörden einzusehen. — Im § 3 Ziffer 1 der Bekanntmachung Nr. W. II. 2700/2, 17. R. N. A., betreffend Beschlagnahme baumwollener Spinnstoffe und Garne (Spinn- und Webereibot), vom 1. April 1917 ist bestimmt, daß Auslands-Spinnstoffe

3. Die Zulage wird in vollem Betrage gezahlt, auch wenn der Empfänger nur einen Bruchteil der Rente erhält, und fällt weg, wenn der Anspruch auf die Rente ganz ruht oder wegfällt.

4. Nicht abgehobene Zulagen werden nur bis zum 30. Juni 1919 nachgezahlt.

5. Die Zulage wird dem Berechtigten ohne besondere Anweisung des Versicherungssträgers vorzuschussweise durch diejenige Zahlstelle der Post, welche dem Empfänger bisher schon bezeichnet ist, gegen Quittung ausbezahlt.

6. Die Vordrucke (s. Ziffer 1 dieser Bekanntmachung) sind bei den Ortsbehörden in Empfang zu nehmen und zwar enthalten die Vordrucke, die in diesem Bezugs geliefert werden, oben links die Angabe „Versicherungsamt Nr. 22“, das ist die Ordnungsnummer der Landesversicherungsanstalt, Provinz Sachsen. Ist die Rente von einem anderen Versicherungssträger empfangen, so ist dessen Nummer, die aus dem Rentenbescheid auf dem Bescheid zu ersehen ist, statt der Zahl 22 handschriftlich einzutragen; die letztere aber zu durchstreichen.

7. Die Quittung, die genau und sorgfältig auszufüllen ist, darf nicht vor Beginn des Monats vollzogen werden, auf den die Zahlung erfolgt.

Großenhain, am 29. Januar 1918.

V. A. Das Versicherungsamt der Königl. Amtshauptmannschaft.

Nr. 1 bis 11 des Reichsgesetzblattes vom Jahre 1918 sind hier eingegangen und können in der Amtshauptmannschaft einzesehen werden.

Der Inhalt der Blätter ist aus dem Anschlag im Natur des Rathhauses ersichtlich. Der Rat der Stadt Riesa, am 1. Februar 1918. vnd.

Griechkartenausgabe.

Die Ausgabe der Griechkartenausgaben für
a) Schwämmere vom Anfang des 9. Säuwangelmonats an,
b) ständige Mütter bzw. Wöchnerinnen
erfolgt nach Vorlegung entsprechender Bescheinigung der Gebärme bzw. des Arztes
Montag, den 4. Februar 1918, nachmittags von 3-6 Uhr
in der Volksschule.

Bei weiterer Abholung in unserer Lebensmittelzentrale sind 50 Pfg. Gebühren für besondere Abfertigung zu entrichten.
Der Rat der Stadt Riesa, am 31. Januar 1918. G.

Die fordern hiermit sämtliche Geschäftsleute und Firmen auf, die im Jahre 1917 Lieferungen oder sonstige Ausführungen und Arbeiten für die Gemeindeverwaltung, die Gemeindegrundstücke, die Zentralschule und Schulgrundstücke, die Gemeindeparkanlage, das Gaswerk, das Bahnhofsgebäude, das Armenhaus und sonstige Gemeinde-Einrichtungen geleistet haben, die Rechnungen nunmehr sofort auszuscheiden und spätestens bis zum 10. Februar d. J. im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 3, einzureichen. Die Rechnungen werden dann sofort geprüft und Ende Februar ausbezahlt werden.
Gröb. a., am 31. Januar 1918. Der Gemeindevorstand.

Nur Geschäftsvereinfachung bei der hiesigen Gemeinde-Ganzfleischerei erfordern wir die Firmen und Geschäftsleute, welche Lieferungen und Arbeiten für die Gemeindeverwaltung, für die öffentlichen Gebäude und Gemeindegrundstücke, für die Gemeindebetriebe, für die Zentralschule und Schulgrundstücke, für das Armenhaus und sonstige Gemeinde-Einrichtungen geleistet haben, künftig die Rechnungen für jede Klasse getrennt, jeden Monat, oder bei kleineren Lieferungen und Arbeiten jedes Vierteljahr, bis höchstens zum 6. des folgenden Monats im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 3, einzureichen zu wollen. Die Auszahlung der Rechnungen erfolgt dann nach erfolgter Prüfung künftig nur am 15. jeden Monats, falls dieser Tag ein Sonn- oder Feiertag ist, am 14. jeden Monats.

Rechnungen, die nicht fristgemäß eingereicht werden, können dann erst im darauf folgenden Monat zur Auszahlung kommen.
Gröb. a., am 31. Januar 1918. Der Gemeindevorstand.

und Auslandsgarne von der Beschlagnahme ausgenommen sind. Diese Ausnahme wird durch die Nachtragsbekanntmachung Nr. W. II. 2700/12, 17. R. N. A. vom 1. Februar 1918 aufgehoben. Der Wortlaut der Nachtragsbekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzesehen.

— Bon der Elbe-Schiffahrt wird berichtet, daß der Betrieb in Gang kam und daß die verminterten Ladungen bereits an den bezüglichen Bestimmungsplätzen eingegangen sind. Mit der Wiederaufnahme der Braunkohlenverladungen aus Böhmen ist demnach zu rechnen, obgleich in den Mengen nicht sehr groß sein werden. Ebenso ist zu erwarten, daß mit der Wiederaufnahme der Schiffahrt die Radfahrer der Wagenladungen und Frachtkräne, wie sie vorher bekanden, wieder eintreten. — Im Hamburger Bergfrachtenmarkt wurden die bisherigen Tage notiert, u. a. also Waffengut nach Magdeburg 77 Pfg., Dresden 110 Pfg., baltische Blöcke 127 bis 130 Pfg. für 100 kg. Die Alster-Dampfschiffahrt in Hamburg gelangte in diesen Tagen ebenfalls zur Wiederaufnahme. Allerdings kommen gegenwärtig in Hamburger Hafen noch Eisunfälle zur Verrechnung. — Auf den Märktlichen Wasserstraßen ist durch Eisbrechdampfer die Fahrt zwischen Spree und Oder über den Ober-Spree-Kanal frei geworden, ebenso ist der Verkehr mit Magdeburg und Hamburg wieder aufgenommen, jedoch nur noch die Richtung Stettin unterbrochen ist.

— Sagerik. Dem Wirtschaftsbefehl und Zimmerer Otto Lamm aus Sagerik wurde das Eisene Kreuz 2. Kl. verliehen.

— Großenhain. Zwei Stredenarbeiter des hiesigen Cottbusser Bahnhofes, von starkem Verlangen nach einem Glas Branntwein getrieben, vermuteten in einem eingelaufenen Kesselwagen Spiritus. Sie konnten sich das Getränk um so leichter beschaffen, als der Verschluss nicht ganz dicht war und die Flüssigkeit aus diesem tropfte. Es war aber Methanol. Der eine Arbeiter ist an dem Folgen des Genußes gestorben. Mit dem Sauerstoff-Apparat angestellte Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. Der andere Arbeiter, der schwebend wenig genossen hat, ist mit dem Leben davongekommen. Im Kesselwagen des Verstorbenen wurde noch der Rest des giftigen Getränks vorgefunden. Der Verletzte ist 33 Jahre alt und stammt aus Kleinraisch. (M. T.)

— Lomna. Wegen Unzuverlässigkeit ist dem Lederhändler Carl John, hier, durch den Stadtrat der Handel mit Häuten und Fellen, sowie mit Leder jeder Art untersagt worden. John hatte sich im Jahre 1917 in seiner Eigenschaft als Vertreter der Sammelstelle für die der Dresdner Häutewerwertung angeschlossenen Fleischer, wie auch als selbständiger Häute- und Lederhändler wieder-

Volter Rundherhandlungen gegen die erlassenen Beschlagnahme-Verfügungen sind im Gange. In der Nacht zum 31. Januar drangen Diebe in ein Modewarenhaus der Struvsstraße ein. Es fielen ihnen ein großer Vorrat wertvoller Stoffe, feine Unterwäsche und Kostüme, feine Blüsch- und Strickwaren-Damenmäntel und dunkelblaue Jadenkleider in die Hände. Der Wert der Diebesbeute beläuft sich auf circa 25000 bis 30000 Mark.

Pirna. Von großer Herzlichkeit zeugt es, wenn, wie aus einer Gerichtsverhandlung berichtet wird, ein Hausbesitzer wegen verschuldeter Körperverletzung infolge Nichtbestehens des Fuhrweges ausging: „Wannetwegen können bei Glattis noch viele Fuhänger kürzen und dabei selbst den Hals brechen; ich leide keinen Schaden, denn ich bin versichert.“ 3 Tage Haft wegen Ungehör vor Gericht wird ihm die Versicherungsgesellschaft nicht abnehmen können.

Schanda u. In vorlehter Nacht verschied im 92. Lebensjahre der älteste Bürger Schandaus und wohl auch der Senior der Buchdrucker Sachsens, der frühere Besitzer der Buchdruckerei Wegler u. Reuner, Herr Theodor Wegler.

Bayern. Welch gewaltiges Stück sozialer Kriegsfürsorge heute die Krankenkassen leisten, zeigt der Haushaltsplan der diesigen Ortskrankenkasse für 1918, der bei einem Mitgliederbestand von rund 12000 in Einnahmen und Ausgaben nicht weniger als 434 000 Mark eingestuft hat, das ist nahezu das Doppelte der Friedensjahre. Besonders auffällig ist die ungeheure Steigerung der Ausgaben auf Krankengeld, die von 40 000 Mark im Frieden auf 100 000 Mark gestiegen sind.

Chemnitz. Der Stadtrat beschloß, auf der Frankenberg Straße den Straßenbahnbetrieb einzustellen, weil die Weisse vollständig abgenutzt sind und zu Rissen und Gefährdungen an den Wagen Veranlassung geben. Schienen zur Erneuerung aber nicht zu haben sind.

Berlin. Von Dieben heimlich wurde der Reichstagsabgeordnete des diesigen Bezirks, Gastwirt Wilhelm Stolle in Gefahr. Es wurden ihm in einer Oberstube aus der verschlossenen Kommode gegen 500 M. bares Geld und eine wertvolle goldene Uhr, die ihm die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zum 70. Geburtstag geschenkt hatte, entwendet. Der Verdacht richtet sich auf zwei Soldaten, die im Gasthof eingekerkert waren. Sie konnten noch nicht ermittelt werden.

Crimmitschau. Im nahen Kummer ist dem Hermann Müllerchen Ehepaar große Freude dadurch bereitet worden, daß auf Befehl des Kaisers alle in Feindesland lebenden sieben Söhne sowie ein Schwiegersohn und zwei Enkel in die Heimat beurlaubt worden sind. So hatten sich zehn Feldgrauen in der Müllerschen Wohnung eingefunden. Dieser Tage erhielt Müller ein eingerahmtes Bild des Kaisers als Geschenk.

Wismarfels. Durch den Genuß von ausländischem Schinken litt einige Personen an Trichinose erkrankt, so daß die Polizeiverwaltung durch eine öffentliche Bekanntmachung vor weiterem Verbrauch warnt. — Ein Dienstmädchen stahl ihre Herrschaft einen Taufendmarktschein. Der Verkauf von Schmuckstücken machte sie der Polizei verdächtig, die bei ihr von dem geraubten Gute noch 800 M. vorfand. Die Herrschaft wußte gar nichts vom Diebstahl und war nicht wenig erstaunt, als ihr die Geldsumme wieder zugestellt wurde.

Die Streikbewegung.

Die eingehenden Meldungen über den Verlauf der Streikbewegung lassen immer deutlicher erkennen, daß Hochzeiten nicht nur ihr Vorbild ist, sondern daß hier auch der weiteste Umfang erreicht wurde. Immerhin kann auch in Berlin nicht entfernt von einem Generalstreik geredet werden. Da indessen ein Ende der Ausstandsbebewegung noch nicht mit Sicherheit erkennbar ist und in einigen Gegenden der Reichshauptstadt Zusammenstöße zwischen Schutzmannschaft und Streikenden zu verzeichnen waren, muß die Lage nach wie vor mit Ernst beurteilt werden.

Inzwischen mehrten sich die Klagen und Warnungen an die Streikenden aus allen Lagern. Die organisierten Gewerkschaftsverbände aller Richtungen mahnen ihre Anhänger zur Ruhe und Weiterarbeit. Quers waren die Reichs-Zentralrat hat schon vorigen Sonntag die Wählerkreise unter der Arbeiterchaft mit aller wünschenswerten Deutlichkeit gebrauchmarkt, und die vaterländische Pflicht zur Arbeit und zum Durchhalten nachdrücklich betont. Am Montag hat der Zentralrat der christlichen Gewerkschaften eine ähnliche eindringliche Rundgebung an die Arbeiterchaft erlassen. Am Dienstag folgten die polnischen Berufsvereine mit einer entsprechenden Bekanntmachung an ihre Gesinnungsgenossen. Nur der größte aller Gewerkschaftsverbände, der sozialdemokratische, hat sich darauf beschränkt, durch die Tageszeitungen bekanntzugeben, daß er sich vollkommen neutral verhalte, weil er grundsätzlich keine Politik treibe und deshalb auch keine Stellung zu einem politischen Streik nehmen könne. Jede Unterstutzung der Streikenden aus seinen Reihen hat auch dieser Verband bestimmt abgelehnt. So steht die gesamte wirtschaftliche Arbeiterbewegung dem Vorgehen der streikenden Runderheit völlig geschlossen ablehnend gegenüber.

Der politische Streikversuch wird aber auch von allen politischen Parteien Deutschlands, mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokratie, entschieden verurteilt. Die rechtsstehenden Parteien haben von Anfang an in heftigen Enttäuschungsartikeln ihren Widerstand kräftig bekundet. Auch das offizielle Organ der nationalliberalen Partei, hat der Versicherung Ausdruck verliehen, daß in nationalliberalen Kreisen der Streik als Vaterlandsverrat beurteilt wird. Das Zentrum hat in allen seinen Blättern die korrekte Haltung der christlichen Gewerkschaften anerkannt und dementsprechend die vaterländisch-sittliche Haltung der Streikenden heftig verurteilt. Das Zentralorgan der fortschrittlichen Volkspartei, die „Liberalen Korrespondenz“ hat auf das Zusammengehen der Fortschrittler mit den Sozialdemokraten in den Parlamenten hingewiesen, aber dann nachdrücklich betont, daß die Volkspartei mit der neuesten Wendung nichts gemein habe und jede Verbindung mit den Streikenden zurückweise. Selbst die Sozialdemokratie Scheidemannscher Richtung hat es für notwendig befunden, mit einem höheren Rufe von der wilden Ausstandsbebewegung abzurufen. Der Vorsitzende der Großberliner sozialdemokratischen Wahlvereine tritt der unzutreffenden Nachricht entgegen, daß der Vorstand der sozialdemokratischen Partei die Streikleitung übernommen habe und neue Forderungen der Arbeiter anarbeite, in denen nur die innerpolitischen Wünsche der Arbeiterchaft zum Ausdruck kämen; die Parteileitung lehne es vielmehr nach wie vor ab, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Danach würde also der Eintritt Eberts und Scheidemanns in den Aktionsausschuß des Arbeiterrats nach parlamentarischer Auffassung der Sozialdemokratie eine reine Privatangelegenheit der Genannten sein. So wird der politische Streik also lediglich von der Unabhängigen Sozialdemokratie geführt.

Verhängung des verschärften Belagerungszustandes.

Berlin, 31. Jan. Auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand bestimmte ich: 1. für das Gebiet der Städte Berlin, Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Neukölln, Berlin-Nikolsburg, Spandau,

und der Landkreise Teltow und Niederbarnim habe ich bis auf weiteres den Artikel 7 der preussischen Verfassungsurkunde hiermit auf. 2. für die genannten Gebiete sehe ich hierdurch außerordentliche Kriegsgerichte ein (§ 10 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851). 3. Die außerordentlichen Kriegsgerichte beginnen ihre Tätigkeit am 2. Februar 1918. Der Oberbefehlshaber in den Marken: v. Kessel, Generaloberst.

Berlin, 31. Jan. Nachdem ich nunmehr den verschärften Belagerungszustand eingeführt habe, will ich die Bevölkerung nicht in Zweifel darüber lassen, daß ich jeden Versuch, die Ruhe und Ordnung zu stören, mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln unterdrücken werde. Ich warne daher jeden ordentlichen Bürger, sich irgendwie an solchen Zusammenkünften zu beteiligen. Jedermann gehe ruhig seinen Pflichten nach und halte sich von Aufständen fern. Bei Gebrauch der Waffe läßt sich ein Unterschied zwischen Ruhestörern und Unbeteiligten nicht machen. Der Oberbefehlshaber in den Marken: v. Kessel, Generaloberst.

Ueber die Berliner Streikbewegung lagen heute früh folgende Meldungen vor: Die der „Sozialzeiger“ meldet, streiken jetzt in Berlin nach amtlicher Feststellung von 700 000 Arbeitern etwa 180 000. Viele Streikende glauben, daß gestern Streikgelber ausgewählt wurden. Wie aber das Blatt von maßgebender gewerkschaftlicher Seite erfährt, werden Streikgelber überhaupt nicht ausgewählt, da der Streik mit der gewerkschaftlichen Bewegung nicht zu tun hat. Eine Einheitsaktion des Streiks schloß ganz. Nach einer weiteren Sozialzeiger-Meldung arbeiten die Arbeiter der Pulverfabrik in Spandau insgesamt.

Mittwoch nachmittag hatten sich in der Berliner Jungfernhöhe nach und nach etwa 10 000 Ausständige versammelt, die von dort nach Siemensstadt zogen. Dort kam es zu einem Zusammenstoß mit Schutzleuten, bei dem die Ausständigen unter Anwendung der Waffen auseinandergetrieben wurden mußten. Dabei wurde ein berittener Schutzmann vom Pferde geritten, zwei andere Beamte geschlagen. Schließlich wurde die Menge zerstreut, ohne daß anschließend weitere Verletzungen vorgekommen sind. In verschiedenen Gegenden Berlins ist es vormittags zu bedauerlichen Angriffen gegen Straßenbahnen gekommen. Sehr wilde Szenen spielten sich in Altmooabit ab. Hier hatten sich in den Vormittagsstunden nach und nach Tausende von Männern und Frauen aufeinandergetrieben, die die Straßenbahnlinien, die Scheiben zertrümmerten und mehrere Wagen aus der Straße legten. In der Goplowki-Brücke vermachte die dort haltende Schutzmannschaft dem Unrath der Masse nicht standhalten. Es fielen einige Schüsse gegen die Schutzleute und zwei Beamte lanten blutüberströmt zusammen. Der Charlottenburger Wachtmeister Timian wurde durch einen Prüßenschuß getötet, der Schutzmann August Bacher vom 64. Revier durch Pfeilwunden in die Brust schwer verwundet. Ferner erlitt der Postleutnant Seidemann eine Schußverletzung im Oberarm. Hierauf gingen die Beamten mit Säbeln gegen die Menge vor. 13 Personen wurden durch Säbelschläge schwer verletzt.

Die Stimmung wird von verschiedenen Seiten als nicht ganz gleichmäßig geschildert. Nach Angabe von mehreren Seiten sind die Arbeiter ruhiger geworden, nach anderen Nachrichten entfallen die Streikenden eine starke Verbitterung. Da die Lage sich nicht geändert hat, hat auch, wie bekannt, die Reichsregierung keine Veranlassung, ihre Haltung irgendwie zu modifizieren. Und ist fest entschlossen, ihren bisherigen Standpunkt aufrechtzuerhalten. Konferenzen mit den Streikenden Parteien sind bisher nicht in Aussicht genommen. Beim Reichskanzler fanden gestern Mittag längere Besprechungen statt. Nachdem die Gewerkschaften sich dem Streik gegenüber für neutral erklärt haben, beabsichtigt der preussische sozialdemokratische Landesverband sich mit der Regierung in Angelegenheiten des Streiks in Verbindung zu setzen.

Die englische Presse über die Streikbewegung in Deutschland.

Wie zu erwarten war, nicht die englische Presse den Arbeiterausständen in Deutschland eine Bedeutung bei, die sie nicht haben. Der „Manchester Guardian“ schreibt: Die Ausstände in Deutschland und Österreich sind politische Ausstände, die Antwort auf den Ruf der Bolschewiki, der bestimmte Wunsch nach einem demokratischen Frieden durch die deutschen Volksmassen. Man wird mehr als 40 Jahre in der deutschen Geschichte zurückblättern müssen, um eine solche Lausche zu finden. Die Bedeutung dieses Schrittes kann nicht in Abrede gestellt werden.

Streikbewegung in Sachsen.

In einem Teilstreik ist es vorgehert in der Abteilung Geschloßfabrik der Sächsischen Gießmaschinenfabrik in Döhlen gekommen. Von den ungefähr 2400 Arbeitern des Gesamtwerkes haben etwa 700 die Arbeit niedergelegt, und zwar mit der Begründung, daß die lediglich aus politischen Gründen geschähe, nicht wegen Lebensmittel- oder Lohnfragen. Gestern vormittag 9 Uhr haben die Ausständigen eine Versammlung abgehalten, um weitere Beschlüsse zu fassen. Auch in anderen größeren Unternehmen soll es zu Ausständen gekommen sein. — Das Stahlwerk Pirna, das 500 bis 600 Arbeiter beschäftigt, soll vollständig von dem Streik erfasst sein. Eine Versammlung, die die Streikenden des Stahlwerkes Pirna gestern vormittag abhalten wollten, wurde verboten. Die Streikenden versuchten, auch die Arbeiter der anderen Pirnaer Werke in den Ausstand hineinzuziehen, deren Anschluß für den 1. oder 2. Februar geplant ist. — Wie das stello. Generalkommando 19 beauftragt, ist ein kleiner Teil der Weisiger Rüstungsarbeiter, anscheinend auf Grund von verteilten Beschlagslättern, in einen Teilstreik eingetreten. Die Deutschen Flugzeugwerke G. m. b. H. in Leipzig-Lindenhal werden durch eine Verordnung des kommandierenden Generals bis auf weiteres in militärische Leitung übernommen.

Meldungen von heute mittag:

Berlin. In einer Erklärung des Zentrums in der „Germania“ wird gesagt: Die Vertreter der Zentrumspartei können nicht in den Verdacht kommen, mit Massenstreik-Drohungen die Ziel erreichen zu wollen. Wenn Herr Scheidemann im Hausbolschauschuß mit dem Massenstreik drohte, so vertrat er nicht die Mehrheitsparteien. Diese haben absolut nichts damit zu tun. — In der „Kreuzzeitung“ steht man: Von einer Abweichung der Reichsregierung von ihrer bisherigen Haltung ist, wie bestimmt verlautet, nicht die Rede, so daß man die Hoffnung aussprechen kann, daß es bald gelingt, die Ausstandsbebewegung einzudämmen und in absehbarer Zeit ganz zu unterdrücken. — Die „Post“ sagt: Hart auf hart muß jetzt die Lösung sein. — Die „Vollst. Zeitung“ meint: Niemand will sich den Preis schwerer Opfergabe durch ein paar Reichsmark, Unbekommene und Verantwortungslöse entreßen lassen. Unerklärter ist nach wie vor der einheitliche Wille aller Volksteile in Deutschland, diesen Krieg zu gewinnen.

Berlin. Die Generalkommission der Gewerkschaften hat sich in einer Sitzung mit der Streikfrage beschäftigt. Wie der „Vormärts“ hört, trat übereinstimmend die Meinung aus, daß die Bewegung aus politischen Ur-

Wiederholte italienische Angriffe am 29. und 30. Jan.



Angriffsbewegung der Italiener

sachen erwachsen und in diesem Sinne eine politische und keine gewerkschaftliche Angelegenheit sei. Volle Zustimmung besteht auch in der Auffassung, daß die politische Stimmung, aus der die Bewegung entstanden ist, verständlich und am sichersten durch gerechtes Entgegenkommen auf die Wünsche der Arbeiter zu beheben ist.

Berlin. W.B. meldet über die Tötung eines Wachtmeisters noch folgendes: Gestern morgen sammelte sich in Charlottenburg eine größere Menschenmenge, die durch die Schutzleute auseinandergetrieben wurde. Dabei wurden Schüsse gewechselt, die einen Wachtmeister leider tödlich verletzten. Der Volkshaufen zog in östlicher Richtung nach Moabit, wo es dann dem geschickten Eingreifen der Polizei gelang, die Ansammlung zu zerstreuen. Ein Schutzmann wurde dort von hinten angegriffen und durch zwei Schüsse nicht unerheblich verletzt. Außer dem getöteten Wachtmeister wurden noch ein zweiter der aber seinen Dienst weiter verricht, und drei weitere Schutzleute verwundet, die sich krank gemeldet haben. Von den Streikenden sind im ganzen sechs verletzt worden. Mehrere Straßenbahnwagen wurden umgeworfen. Seit gestern früh sind 30 Männer, 9 Frauen und drei Jugendliche festgenommen.

Berlin. Der Berliner Sozialzeiger berichtet über die gestrigen Ereignisse u. a.: Auch im Humboldthain kam es zu größeren Schlägereien, zwischen Schutzleuten und großen Volksmassen. Die Unfallsituation am Gesundbrunnen und in der Gegend des Humboldthains waren überfüllt von verletzten Frauen. Die Straßenbahnfahrerninnen wurden von den Volksmassen von den Bahnen heruntergeholt, und die Scheiben der Wagen wurden eingeschlagen. Im Osten Berlins ging es ebenfalls stürmisch zu. Die Straße zwischen Jannowstraße und Magazinstraße war zeitweise von halbwüchsigen Burchen und Mädchen besetzt. Sie kletterten auf die Straßenbahnen, schnitten die Schiene ab und entzogen den Fahrern die Ausstiegshebel und Bremskurbel. Ein Wagen der Linie 36 wurde an der Ecke der Polmarckstraße umgeworfen. Dann zog der Schwarm nach Richtung Alexanderplatz weiter, wo das gleiche verbrecherische Unwesen getrieben wurde. In der Kleinen Frankfurter Straße und vor dem Hause am Grünen Weg ging es ebenfalls wild zu. In beiden Stellen wurden Straßenbahnwagen umgeworfen und Fenster Scheiben zertrümmert. In der Frankfurter Allee wurden die Fahrgäste der Straßenbahn arg belästigt. Die Wagen wurden angehalten, die Fahrgäste mußten aussteigen. — Die lebhafteste Gärung trieb auch am Abend an. Ueberall erregte Arbeiter und Arbeiterinnen, die Lust zu Zusammenrottungen zeigten. — Im Laufe des Nachmittags sind in Spandau Ausschreitungen vorgekommen. In Siemensstadt wurden zwei Straßenbahnwagen umgeworfen und die Scheiben zertrümmert. Ein Zug Streikender, der in den Lichthof des Verwaltungsgeländes einziehen wollte, um eine Versammlung abzuhalten, wurde von einem berittenen Schutzmann daran gehindert; der Schutzmann wurde vom Verbe geissen und körperlich mißhandelt. In der Schönefelder Straße drang eine Gruppe Streikender in einen Bäckerladen und zwang den Inhaber, ihnen die Brote ohne Brotmarken zu verkaufen. Ebenfalls in der Schönefelder Straße wurde ein Soldat von einem jungen Menschen angefallen, der ihm das Gewehr wegnehmen wollte und als der Soldat sich wehrte, ihm einen Faustschlag ins Gesicht verriechte, der ihm eine schwere Hirnverletzung beibrachte; leider ist der Täter entkommen. Um eine Wiederholung derartigen Vorkommnisse zu verhindern, sind umfangreiche Maßnahmen vorgenommen. Die Zahl der Streikenden ist in Spandau wieder erheblich zurückgegangen.

Berlin. Die städtischen Straßenbahnen haben seit gestern mittag ihren Betrieb vollständig eingestellt. Man sah sich hierzu durch die der Gewalttätigkeiten veranlaßt, zu denen es in verschiedenen Bezirken von Berlin u. zwischen 10 und 11 Uhr vormittags gekommen war. Die Wagen wurden von der Menge mit Steinen angegriffen und die Scheiben zertrümmert. An anderen Stellen suchte man den Fahrern gewalttätig die Kurbel zu entreißen. Um Materialschaden zu vermeiden und Unfälle zu vermeiden, entschloß sich die Direktion zur Einstellung des Betriebes auf den städtischen Linien.

Berlin. Ueber die Streikbewegung im Reich meldet der Berl. „N.“: In Altona hat eine große Anzahl Betriebe im Laufe des gestrigen Tages die Arbeit eingestellt, ebenso die Holzarbeiter; sie haben sich den Werkstarbeiter angegeschlossen. — Der Werkstarbeiterstreik in Kiel ist beendet. Die Arbeit sollte heute wieder aufgenommen werden. — Am gestrigen Donnerstag legten in Bremen bei der Schiffbau A.-G. Weber im Laufe des Tages etwa 3000 Arbeiter (nach einer Mitteilung der sozialdemokratischen Bürgerzeitung) die Arbeit nieder. In den anderen großen Betrieben geht die Arbeit überall weiter. — In Danzig beschloßen sämtliche Streikende die Arbeit wieder aufzunehmen, da das Ziel erreicht sei. — In Rheinland-Westfalen, dem größten deutschen Industriegebiet, wo die Streikbewegung überhaupt keinen Boden gewinnen konnte, ist der Ausstand als beendet zu bezeichnen. — In Württemberg streiken die Krupp eine Anzahl Arbeiter. Die bei Krupp Ausständigen suchen vergeblich, bei den hauptberuflichen Flugzeugwerken die Arbeiter ebenfalls zum Streik zu verleiten.

Der endgültige Austausch der Kriegsgefangenen.

Von Hauptmann Otto Lehmann.

Wenn heute die Frage des Austausches und des Rücktransportes der Kriegsgefangenen ein recht zeitgemäßes Thema geworden ist, so muß man sich in jedem Falle vor falschen Hoffnungen und Erwartungen hüten. Der Krieg, der sich dem guten Ende annähert, hat derartige Ausmaße angenommen, hat Verhältnisse geschaffen, die uns bisher fremd waren, daß die Frage der Zurückleitung der Gefangenen eine Schwierigkeit erster Ordnung darstellt.

Die einzigen Erfahrungen, die man zur Hilfe nehmen konnte, waren die des deutsch-französischen Krieges. Die Verhältnisse waren aber so viel kleiner, daß sie schwerlich in Betracht gezogen werden können. Man bedenke doch bloß, wie gering anno 1871 die Zahl der Gefangenen auf beiden Seiten gegenüber heute war. Deshalb ist so gering waren, liegt einmal in der Dauer des Krieges, dann in der Art des Krieges. Der Krieg dauerte knapp ein Jahr und wurde von Anfang bis zum Ende als große strategische Bewegung durchgeführt, die bloß vor den Toren der Festungen zum Stillstand kam und dann mit dem Abtransport der kapitulierten Besatzung wie bei Sedan und Metz sowie Straßburg ihren Abschluß fand.

Im Bewegungskampfe 1870/71 wurden auf beiden Seiten verhältnismäßig wenige Gefangene gemacht. Die Art des Stellungskrieges, die wir seit fast drei und einem halben Jahre zu führen gezwungen sind, bedingt durch ihre anderen Formen auch andere Begleiterscheinungen. Auch der Begriff der sogenannten Zivilgefangenen fiel im deutsch-französischen Krieg nicht im entferntesten so ins Gewicht, wie heute, wo wir gegen die ganze Welt in Waffen und Kanonik leben.

Im Bewegungskriege sind auf unserer Seite auch Gefangene gemacht worden, es handelt sich aber in erster Linie um Patrouillen, dann um Verwundete, die man liegen lassen mußte, weil ihr Abtransport ein Ding der Unmöglichkeit war. Diese Zahlen machen bei der Gesamtmenge nur einen Bruchteil aus, das Hauptkontingent hat der Stellungskrieg geliefert. Man bedenke die fortgesetzten Patrouillen- und Stoßtruppunternehmungen im Stellungskriege, wo man die Abstellung im Eifer des Gefechtes abgeben mußte und der Gefangenennahme verfiel, meist ohne Schuld für die, die das harte Los traf. Weiter werden die gewaltigen Durchbruchschlachten unserer Feinde den Hauptteil der deutschen Gefangenen stellen, denn in dem Bestreben, die anvertraute Stellung bis zum äußersten gegen den ankämpfenden Feind zu halten, sah sich die tapfere Besatzung schließlich umstellt und wurde massenlos nach hinten abgeführt. Der Durchbruch ist unseren Feinden nie gelungen, an zahlreichen Einbrüchen hat es aber bestimmt nicht gefehlt. Das läßt sich nicht verbildern.

Bei jedem Einbruch wurde aber die Besatzung des vorderen Grabens, die den Moment zu seiner Aufgabe verpflichtet hatte, eine leichte Beute des in Massen angreifenden Feindes. Man schießt heutezuutage mit Gas. Wieviel Leute geraten allein dadurch in die Hand des Feindes, daß sie vom Gas befreit, brennungslos liegen bleiben und dann in der Gefangenschaft aufwachen. Wie mancher Flieger mußte bei dem Fluge hinter den feindlichen Linien infolge eines geringfügigen Motordefektes notlanden und wurde gefangen genommen. In mehr als drei Kriegsjahren summieren sich solche Einzelfälle, ohne daß dem Feinde besondere große Sünne glücken, wie wir sie im Osten, Westen und in Italien machten.

Vermischt und Gefangen sind zwei Begriffe, die eine gewisse Verwandtschaft aufweisen, aber nicht jeder der vermischt wurde, kehrt eines Tages in die Heimat zurück. Das Wort „vermischt“ hat einen so überaus wehmütigen und hoffnungslosen Klang, daß man es bei der Frage des Rücktransportes unserer Gefangenen fast ausschalten kann. Vermischt neigt in der Regel mehr zu „Tot“ herüber als zu „Gefangen“.

Der gewaltige zeitliche und räumliche Umfang des gegenwärtigen Krieges hat also auch die Gefangenenzahlen in die Höhe getrieben, damit erträglich eben den kriegsführenden Völkern eine unerhörte Aufgabe in der Zurückführung der Gefangenen in ihre Heimat. In erster Linie sind das natürlich Transportfragen, besonders für die deutsche Heeresverwaltung, weil wir ganz unvergleichlich mehr Gefangene gemacht haben in diesem Kriege als unsere Gegner. Nun liegen sich ja diese Transportfragen schon regeln, wenn die Waffen ruhen und die Eisenbahnen nicht mehr für den unmittelbaren Kriegszweck so sehr in Anspruch genommen sind. Borecht interessiert uns ja die Frage der Heimführung unserer in Rußland befindlichen Kriegsgefangenen.

Im Hauptausgange des Reichstages hat man sich bereits mit der Rückführung unserer Kriegsgefangenen eingehend beschäftigt. Nicht alles, was dort besprochen wurde, eignete sich aus rein militärischen Rücksichten — zur Rundmachung in der breiten Öffentlichkeit. Dazu gehören in erster Linie die Zahlen. Der Kriegsminister sagte aber, daß wir dreizehn Mal so viel Gefangene von den Russen haben als die Russen von uns. Rechnet man also (als Rechenbeispiel betrachtet, wohlverstanden!) 100 000 deutsche Gefangene, dann stehen dieser Zahl eine Million 300 000 Russen gegenüber.

Beim Heimtransport erwächst eine Aufgabe, die bestens vorbereitet sein muß. Außerdem steht der Vetter schon an dem Schulbeispiel, daß nicht jeder der erste wird sein können, daß manche Angehörige werden Gebuld haben müssen, bis gerade ihr Sohn oder Vater an die Reihe kommt. Die Transportfrage ist wieder in erster Linie eine Rollen- und Wagenfrage. Nun stehen wir aber vorläufig

mit der Wehentente noch im Kampfe um den endgültigen Sieg der deutschen Waffen, der keine Ablenkung dulden und ertragen kann, und alle Kräfte in jeder Besetzung in Anspruch nimmt. Der Austausch und Rücktransport der Gefangenen wird im Großen erst bewerkstelligt werden können, wenn man die nötigen Transportmittel und Brennstoffe für den unmittelbaren Kriegszweck frei bekommen hat. Sätten wir auf beiden Seiten, im Westen ebenso wie im Osten, Waffenruhe, dann könnte man sich dem Problem schon jetzt unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, unentbehrliche Lebensmittel oder Rohstoffe heranzuschaffen, mit allem Nachdruck widmen. Weiter kommt in Frage, daß die russischen Eisenbahnen zurzeit keineswegs schon so in Ordnung sind, wie das in Bezug auf die glatte und schnelle Rückbeförderung der Gefangenen zu wünschen wäre. Aber da sind bereits die erforderlichen vorbereitenden Maßnahmen getroffen worden. Deutsch-österreichische Kommissionen besprechen mit den Russen in Petersburg bereits alles Nähere, und es ist anzunehmen, daß deutsches Organisationstalent fördernd und im allgemeinen beiderseitigen Interesse bestend eingreifen wird, wo es gilt, den großen russischen Verkehrs- und Beförderungsschwierigkeiten beizukommen. Und es wird an diesem fehlen.

Alle diejenigen, denen es zu lange dauert, bis die Angehörigen und Freunde wieder deutschen Boden unter den Füßen haben, mögen sich darüber klar sein, daß nichts verblümt wird, um die großen Hemmnisse so schnell als dies in dieser Zeit allgemeiner Verkehrs- und Beförderungsschwierigkeiten nur irgend möglich ist, zu überwinden und die lange Warteseit abzukürzen.

Abgesehen von dem direkten Eisenbahnwege kommt auch noch der Zugang zur Heimat durch das neutrale Ausland in Frage. Dadurch wird der Rücktransport der Gefangenen immerhin erleichtert.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 1. Februar 1918.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

*) Berlin. Zum Ablauf des ersten Jahres des ungeschickten U-Boot-Krieges schreibt die „Freiwillige Jg.“: An allen Ecken und Enden der Welt suchen die Alliierten, insbesondere England und Amerika, Schiffe. Sie erpressen von den Neutralen Schiffsraum. Die Lebensmittelknappheit steigt auch bei ihnen. Sie die uns aus Hungern wollten, fühlen jetzt selber die Lebensmittelnot und den Mangel an notwendigen Rohstoffen. — Die „Voss. Jg.“ sagt: Das U-Boot ist der allerstärkste Friedenshebel, die nachdrücklichste Waffe gegen England, in dem der stärkste Widerstand gegen den Frieden besteht. — Im „Lokalanz.“ heißt es: Der Enderfolg des U-Bootkrieges ist heute verblümt, wenn ihm ausreichend Zeit gegeben wird. Er ist ein Schritt zum Siege und zu einem dauerhaften Frieden in der Welt. — In der „Nord. Allg. Jg.“ wird der ungeschickte U-Bootkrieg als Teil unserer militärischen Operationen besprochen. Vom großen Gesichtspunkt aus betrachtet, hat der ungeschickte U-Bootkrieg einen bestimmten Einfluß auf die Entschlüsse der feindlichen Heeresleitungen gehabt. In der Handlung unter diesem Zwange merklich untreu. In dieser strategischen Wirkung tritt die moralische, die sich sowohl auf die Stimmung der feindlichen Heere, als auch auf die der Bevölkerung besonders Englands drückend und lähmend legt. — In der „Allg. Rundschau“ wird ausgeführt, daß schon jetzt der U-Bootkrieg England die Abtretung seiner finanziellen Vormachtstellung und einige seiner wichtigsten Auslandspositionen an die Vereinigten Staaten und Japan eingetragen hat und daß die Fortsetzung des aussichtslosen Kampfes gegen uns ihm jeden Tag weitere schwere Einbußen an seiner ehemaligen Welt Herrschaft kostet.

Vom See- und Luftkrieg.

Der Luftangriff auf Paris.

*) Paris. Amlich wird gemeldet: Ein Angriff feindlicher Flugzeuge auf Paris hat in der vorletzten Nacht stattgefunden. Gegen 11 Uhr 30 Minuten wurde Alarm geblasen. Bomben wurden an verschiedenen Stellen des Pariser Häusermeeres abgeworfen. Man meldet Sachschaden und Todesfälle. Vollständigere Mitteilungen werden veröffentlicht werden, sobald verbürgte Nachrichten eintreffen.

*) Paris. (Meldung der Agence Havas.) Um 11 Uhr 35 Minuten nachts griffen die U-Boote die feindlichen Flugzeuge in der nördlichen Gegend von Paris kräftig an. Um 11 Uhr 55 Minuten wurde gemeldet, daß eine Bombe auf ein Haus gefallen sei, das ziemlich ernstlich beschädigt wurde. Zahlreiche Fensterheben in benachbarten Häusern wurden zerstört. Etwas später wurde der Abwurf mehrerer anderer Bomben gemeldet.

Verrent.

*) Berlin. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden kürzlich durch unsere U-Boote 5 Dampfer verrent,

davon 3 tiefbeladene im Kermel-Kanal bei sehr harter feindlicher Gegenwirkung. Unter den Schiffen befanden sich 2 große bewaffnete englische Dampfer von mindestens 6000 und 4000 Tonnen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Abneigung der bürgerlichen Parteien gegen die Einberufung des Reichstages.

*) Berlin. Aus parlamentarischen Kreisen wird dem „Berl. Tagbl.“ erklärt: Die Sozialdemokratie hat, wie berichtet, den Antrag gestellt, das Plenum des Reichstages einzuberufen, damit es zur Streikbewegung Stellung nehmen könne. Die anderen Parteien scheinen nicht bereit zu sein, diesem Wunsche zu entsprechen. Es wird von ihnen geltend gemacht, daß man dann den radikalen Elementen die Möglichkeit geben würde, die Streikpropaganda von der Reichstagstribüne zu betreiben.

Beschlagnahme der Goldbestände in Petersburg.

*) Amsterdam. Der niederländische Gesandte in Petersburg teilte seiner Regierung mit, daß die Regierung der Volkskommissare damit begonnen habe, den von Privatleuten gemieteten Stabklütern der Bank das darin liegende Gold und Silber zu entnehmen und zu beschlagnahmen. Der Gesandte hat hiergegen, soweit Niederländer davon betroffen werden, Einspruch erhoben, und im Namen der holländischen Regierung sich das Recht vorbehalten, Schadenersatz für alle Nachteile zu fordern, die niederländischen Untertanen hierdurch erwachsen.

Russisch-rumänische Kämpfe.

*) Sofia. Nach Privatmeldungen der Woiwot Jwastija aus Babadag sind die rumänischen Truppen nach mehreren Gefechten in Beni eingezogen. Die Kämpfe dauern an der ganzen Front an.

*) Amsterdam. Nach einem hiesigen Blatte erfährt die Times aus Petersburg, daß Abteilungen der Roten Garde nach Besarabien geschickt worden sind. Auch verschiedene Frontregimenter, Infanterie mit Artillerie erhielten Befehl, nach Besarabien zu gehen. — Petersburg ist infolge der Verkürzung der Eisenbahnlinien in dem Gebiete bei Wiborg völlig von Finnland abgeschnitten.

Lloyd George wird die Kanzlerrede beantworten.

*) Haag. „Daily Mail“ meldet, daß Lloyd George nach Ueberkunft mit den Alliierten die deutsch-österreichischen Erklärungen beantworten werde. Für den 2. Februar seien die Gewerkschaften zu einer Besprechung aufgefordert.

Englische Sorgen um die Zukunft der deutschen Kolonien.

*) Haag. Reuter meldet aus London: „Daily Chronicle“ berichtet, daß Appleton und andere Arbeiterführer sich nach den Vereinigten Staaten begeben, um sich mit den amerikanischen Arbeiterführern speziell über die Zukunft der deutschen Kolonien zu beraten.

Streikbewegung in England.

*) Genf. In Birmingham haben laut englischen Berichten 10 000 Arbeiter in den Aviatin-Motorenfabriken die Arbeit niedergelegt. In Manchester ist eine Protestversammlung gegen die Feuerung von Lebensmitteln abgehalten worden. Die Metallarbeiter haben beschlossen, in den Ausstand zu treten. Die Anzahl der Ausständigen beträgt bisher 100 000 Mann.

Großer Selbstmord.

*) Klausenburg. Vorgefunden am Abend hat ein großer Selbstmord vom Schloßberg ins Stadtgebiet sieben Häuser zerstört. Zwei Frauen und zwei Kinder wurden getötet und zwei Frauen schwerverletzt.

Tagesgeschichte.

England.

Wahlreform. Das Unterhaus hat mit 228 gegen 119 Stimmen die Bestimmungen über die Verhältniswahl abgelehnt, die vom Oberhaus in die Wahlreformvorlage eingefügt worden waren.

Bermischtes.

Ballonverletzungen. Aus Brisbane wird gemeldet, daß ein Ballon und eine Flutwelle den Hafen von Mackay verheerten. 14 Leichen wurden bisher aufgefunden. Die Stadt ist nur noch für 10 Tage mit Lebensmitteln versehen. Die Eisenbahnlinien sind weggespült und die Telegraphenlinien zerstört. Die Regierung hat Hilfeleistung angefordert. Alle Werkstätten und die Badermagazine mit einem Gesamtinventar von 1 800 000 Pfd. Sterling sind vernichtet. Die Stadt ist vollständig überschwemmt. Drei Schiffe sind verloren gegangen, andere haben schwere Beschädigungen erlitten.

Ueber fernem Meeren.

Roman von E. v. Winterfeld-Warnow.
31. Fortsetzung.

Sie sprach fast und hart.
Das weiche, sanfte Mädchen war wie umgewandelt. Lohmann griff sich mit beiden Händen an den Kopf. „Wenn ich nur begreifen könnte —“

Ein krampfender Donner schlug tief beide zusammen. Sie blickten auf. In der Erregung, in der sie sich befanden, hatte keiner von ihnen auf den Himmel acht gegeben. Sie sah mit fast schwarzen Wolken bedeckt. Ein schwefelgelber Schein lauerte irgendwo in der Ferne und legte sich bestemmend auf die Brust.

Jetzt brach der Sturm mit aller Kraft los.

Blitz und Donner folgten sich unaufhörlich. Wolkensbruchartig fiel der Regen nieder, zerhäute an den kleinen Hügel und floß in Bächen von den Bergen hernieder. Die Ebene wurde in wenigen Minuten in eine einsige Wasserfläche verwandelt, da die Erde nach der langen Trockenheit zu hart war, um diese Wasserfluten gleich einsaugen zu können.

Das war das südafrikanische Gewitter, von dem Lohmann an Manon gesprochen hatte.

Das leuchtete, trachtete und suchte im Hitzel über das weite „Weldi“. Lohmann hatte es ein himmlisches Feuerwerk genannt, dessen Großartigkeit unerreicht sei. Aber jetzt, da sie beide allein darin waren, weit und breit kein Haus, kein Baum, wurde ihm angst. Nicht für sich, aber für das geliebte Mädchen.

Alice hatte beide Hände vor das Gesicht geschlagen. Sie bebt in dem leichten, weißen Sommerkleide, das schon in wenigen Minuten durchnäßt war.

Lohmann hatte seinen Rock ausgezogen und hing ihn ihr jetzt um. Sie wollte sich sträuben, aber er zog ihren Arm durch den seinen.

„Hier können wir nicht bleiben. Das hört so bald nicht auf. Kommen Sie! Irgendwo finden wir wohl etwas Schutz.“

Alice sah ein, daß er recht hatte.

So eilten sie, so schnell es gehen wollte, durch das Anrecht dahin. Bei einem breiten Rinneal nahm er sie, ohne zu fragen, auf die Arme, und trug sie hinüber. Ihre Füße strauchelten oft. Und wenn er sie nicht so festgehalten hätte, wäre sie überhaupt kaum vorwärts gekommen. Da plötzlich laudete er auf, als der Blitz

die Gegend gerade wieder in blendende Helle tauchte: „Die Ferkel! Gott sei Lob und Dank! Steinberg schickt die Karre, Sie zu holen!“

In wenigen Minuten kam das Gefährt heran.

Der treue Schwärze rief schon, ehe die Karre neben ihnen hielt: „O, Fräulein Alice, Doktor ist so in Angst um Sie!“

Rasch hob Lohmann sie hinein, folgte selbst, und die stinken Pferde bäumten sich auf und sausten dann davon, selbst unruhig bei dem Leuchten der Blitze und dem Rollen des Donners.

Beim Doktorhause standen alle und blickten nach ihnen aus. Schwester Marion war die erste, die sie empfing. Sie nahm ihren Liebbling wie ein Kind in die Arme.

Alice richtete Lohmann nach ihre kleine, nasse, kalte Hand und sagte leise: „Danke!“

Er presste sie heftig und sagte ebenso leise: „Leben Sie wohl!“

Dann brachten Frau Elise und Schwester Marion Alice in ihr durchwärmtes Bett, während der Doktor Lohmann nach Hause schickte und ihm einen heißen Grog empfahl.

„Ich werde heute abend kommen und sehen, wie es Ihnen geht. So ein echter Baalsturm hat's in sich! Da hat man ein Fieber weg, man weiß nicht was!“

„Ich habe keine Zeit zum Krankwerden! Morgen muß ich fort! Sehen Sie nur, daß Alice sich bald erholt!“

Doktor Steinberg lächelte.

„Werde nicht verfehlen!“

Aber Lohmanns Antlitz blieb ernst, als er sagte: „Wir sprechen uns noch vor meiner Abreise?“

„Selbstverständlich! Aber nun rasch einen Grog und in trockene Kleider!“

XII.
Schwere, hange Tage folgten für Steinbergs und Schwester Marion.

Die Aufregung, Angst und die Durchkältung in dem Regen, alles das kam zusammen, um bei Alice einen schweren Fieberanfall hervorzurufen.

Soll Sorgen saßen Elise und Schwester Marion an Alices Bett. Sie hörten die wilden Fieberreden. Und Elise wurde es mit Schrecken klar, daß nicht die Erhaltung allein diese Krankheit herbeiführt hatte, sondern daß seelische Erregungen dazu kamen, kurz, daß Alice auf sehr schroffe Art von der Verwirrung erfaßt haben mußte, in der sie unwillkürlich mitgewirkt hatte.

Seine Angst bebt in Elises Herz.

Was war vorgegangen? Waren alle ihre schönen Pläne gescheitert? War es doch frevelhaft, in das Leben eines anderen mit täppischer Hand hineingreifen zu wollen? Sollte sie vielleicht zwei Menschen unglücklich gemacht, statt ihnen zum Glück zu verhelfen? Und sollte sie vielleicht sogar Alices Leben auf dem Gewissen haben?

Lohmann war nach einer kurzen, ersten Unterredung mit dem Doktor abgereist. Steinberg hatte nichts über dieses Gespräch gesagt. Doch als seine Frau meinte: „Aber, Ernst, man mußte doch jetzt —“ unterbrach er sie: „Jetzt muß man gar nichts, mein liebes Herz, jetzt muß man den Dingen seinen Lauf lassen und still abwarten, ob die Zeit noch zum Guten wendet, was wir in grenzenlosem Unverständnis verkehrt gemacht haben!“

„Ich, Ernst, ich ganz allein“, sagte seine Frau schluchzend. „O, wenn Alice nicht wieder besser wird, dann mag ich auch nicht mehr leben!“

„Und was würde aus mir und den Kindern? — Doch ich glaube, mein Herz, wir können jetzt hoffen! Alice war bei meinem heutigen Besuch bedeutend ruhiger, und das Fieber ist auch im Abflauen. Es war töricht, in das Leben zweier Menschen eingreifen zu wollen. Daß ich weiß, und ich habe immer geglaubt, daß es nicht gut gehen würde. Aber —“ und nun nahm der Doktor seine Frau tröstend in den Arm, „aber, mein kleines, liebes Weib, du hastest es gut gemeint. Und daß Alice in dem Baalsturm draußen war, dafür bist du schließlich auch nicht verantwortlich.“

„Aber, Ernst, sie weiß jetzt alles! Und sie ist böse auf mich, das fühle ich. Sie wird jedesmal unruhig, wenn ich ins Zimmer trete.“

„Auch das wird sich geben, mein Herz. Doch vorläufig darf von keiner Aufregung die Rede sein. Jede Erregung könnte ihr unberechenbare Schäden, vielleicht sogar einen noch schwereren Fieberanfall bringen. Jetzt muß ich sagen: Gebuld, und noch einmal Gebuld!“

„Und später?“

„Später, meine ich, schiden wir sie mit Schwester Marion ins Gebirge, damit sie sich erst einmal völlig erholt und kräftigt. Es ist niemand besser geeignet, ihr Ruhe und Frieden wieder zu geben, wie gerade unsere liebe Schwester mit ihrer stillen, liebevollen Art.“

Fortsetzung folgt.

Allgem. Ortskrankenkasse Gröba. Freiwillige Beitragszahlung bis spätestens 8. Februar. Kasse geöffnet 8—1 Uhr.



Glas, Porzellan und Steingut

in großer Auswahl zu bekannt billigen Preisen ist wieder eingetroffen.

Kaufhaus D. Morgenstern.

Deutscher Generalstabbericht.

(Kritisch.) Grobes Hauptquartier, 1. Februar 1918. Westlicher Kriegsschauplatz. Unsere Erkundungsabteilungen brachten aus den englischen Stellungen in Flandern Befangene und Maschinengewehre zurück. Bei dichtem Nebel blieb die Feuerstätigkeit an der ganzen Front gering.

Italienische Front. Auf der Hochfläche von Piago lebhafter Artilleriekampf. Vom Monte di Val Bella und Col del Rosso aus setzten die Italiener viermal starke Kräfte zu neuen Angriffen an; sie brachen jedesmal im Feuer vor den österreichisch-ungarischen Stellungen zusammen.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Kirchennachrichten.

Kiefa, Trinitatiskirche. Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst (P. Rör. 9, 24—27, Pastor Rör.), 11 Uhr Abendgottesdienst (Pastor Rör.), nachm. 2 Uhr Jugendgottesdienst (Pastor Rör.). Wochenamt vom 3. bis 9. Februar für Tausen und Trauungen Pastor Rör. und für Beerdigungen Pastor Friedrich.

Weiba. 9 Uhr Gottesdienst. Mittwoch 1/8 Uhr Kriegsgottesdienst. Vorm. 8 Uhr stille Abendmahlfeier, P. Winkler. Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst, P. Winkler. Nächsten Mittwoch abends 8 Uhr Gottesdienst im Versammlungszimmer (Kirchschule), P. Winkler. Nächsten Donnerstag abends 1/8 Uhr Gottesdienst in Weiba, P. Winkler. Wochenamt: P. Winkler.

Pauß. Vorm. 1/9 Uhr Gottesdienst in Jahnshausen, 1/2 Uhr Kriegsgottesdienst in der Pfarrkirche.

Höberau. Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Dienstag abends 7 1/2 Uhr Junglingsverein. Mittwoch abends 1/8 Uhr Kriegsgottesdienst.

Seithain. Vorm. 11 Uhr Predigtgottesdienst (Herr Pastor Börsch). Kollekte für das Diakonissen-Wesen.

Glaubitz. Vorm. 1/9 Uhr Frühkirche. Nächsten Mittwoch, abends 7 Uhr Kriegsgottesdienst im Konfirmandenzimmer.

Kath. Kapelle. (Rafenerstraße 18.) Um 1/8 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt und Segen. Werktag 11. Messe um 8 Uhr. — Sonntag Versammlung des Männervereins. Donnerstag Nacht des Frauenvereins.

Nachlass-Auktion.

Sonntag, den 3. Februar a. c. von nachmittags 1 Uhr an kommen im Hausgrundstück des Bäckermeisters Winkler, Goethestraße 12, hier selbst, erbreilungshalber nachstehende Nachlassgegenstände zur öffentlichen Versteigerung als: 2 Kleiderchränke, 1 Kommode mit Aufsatz, 1 Küchenschrank, 1 Schubstuhl, 2 Bettstellen mit Matratzen, 2 Deckbetten, 1 Unterbett, 3 Kissen, verschiedene Tische, Stühle, 1 Holzsoffe, 1 Regulator, 1 Tischuhr, 2 kleine Spiegel, 1 Küchenbrett, 1 Reinigungs- u. 1 Kleiderhalter, 1 Tischlampe, Kleidungsstücke, verschiedene Angelreue, 1 Nähmaschine, Handwerkszeug, 2 Alfen, Hausgegenstände u. v. a. m. Kiefa, Schulstr. 6. Herrn Scheibe, vereideter Auktionator und Taxator.

Holzversteigerung

am Dienstag, den 5. Februar, vorm. 10 Uhr im Gasthofe zu Peritz: etwa 900 Stk. Stämme, Klöße und Derbstangen, 100 Stk. Klöße und Derbstangen, 1000 m Stk. Strohreisig aufbereitet im Nachschlag an der Streumen-Peritzer Straße, Waldparzelle 450 (früher Gebre). L. Schneider, Baumeister.

Nutzholz-Versteigerung

in Naichen in der Saage und im Mühlteich Montag, den 4. Februar 1918, vorm. 10 Uhr, ca. 16 Eichen 6,0—11 m Lng., 16—35 cm Mittf. 34 Birken 6,0—15 " " 20—44 " " 20 Nüßern 3,5—11 " " 16—19 " " 30 harte Nüßern Ferner freihändig sollen verkauft werden 9 Eichen — 92 m, 1 Nüßer — 2,35 m. Gebote sind bis zum 4. d. Mts. einzureichen an die Förkerei Naichen, Fernsprecher 32, Amt Stauchitz.

Schlacht-Pferde

kauft jederzeit Otto Wundermann, Hofschlächter, Kiefa. — Telefon 273.

Achtung! Schlacht-Pferde!

sucht jederzeit zu kaufen. Bei Hofschlächtern schnellst. zur Stelle. Beau. Travsvortw. Weiterverkauf findet nicht statt. Albert Mehlhorn, Gröba. Telefon Kiefa Nr. 685.

Gestern nachmittags 5 Uhr sind zwei Kinderhöschen von Möbelindustrie bis Kiefa-Wilhelm-Platz verloren worden. Bitte gegen gute Belohnung abzugeben Gröba, Schulstr. 7, v.

Ein Gummihut verloren. Geg. gute Belohnung abzugeben im Tagebl. Kiefa.

Kindert. Beamter sucht sofort oder später

Wohnung bis 550 M. in Gröba oder Kiefa. Angeb. unt. M N 537 an das Tageblatt Kiefa.

Ältere ruhige Leute ohne Kinder suchen Wohnung per 1. 4. Offerten erb. unt. T O 573 an das Tagbl. Kiefa.

Einfach möbliertes Zimmer von Mädchen in Kiefa oder Gröba gesucht. Angeb. unt. U O 574 an das Tagbl. Kiefa.

Schlafstelle für 2 Pers. frei Kaiser-Wilhelm-Platz 6, Stb. 1.

Wohnung, 2 Stuben, Kammer, Küche u. Zubehör, für 1. 4. zu vermieten. Zu erfragen im Tageblatt Kiefa.

Saubere Waschlrau gesucht Bismarckstr. 114, 1.

M. 70 000

mündellichere 2. Hypothek auf ein in hiesiger Gegend gelegenes Rittergut im Werte v. M. 400 000 fof. gesucht.

Nähere Angaben unter Z O 575 an das Tagbl. Kiefa.

10000 Mark

auf sichere zweite Hypothek zum 1. April od. früher auf ein autverinsbares Grundstück zu leihen gesucht. Offerten erb. unt. O O 568 an das Kiefaer Tageblatt.

Fräulein,

anständ. u. solid, im Alter von 29 J., m. die Bekanntschaft eines eben sol. Herrn sucht Heirat. Werte Offerten unt. A P 576 an das Tageblatt Kiefa.

Stubenmädchen

gesucht, welches nähen und plätten kann. Vorausstellen 1—4 u. 6—8. Zu erfragen im Tageblatt Kiefa.

Steißiges, sauberes, eheliches Hausmädchen

für größeres, kinderlos. Haushalt für 1. oder 15. März gesucht. Kost, Behandlung und Lohn sind gut. Es wollen sich deshalb nur Mädchen mit guten Zeugnissen schriftlich melden unter P O 569 im Kiefaer Tageblatt.

Ostermädchen

als Aufwartung für dreiwöchigen Tag gesucht von Fr. Oberlehrer Wendorf, Goethestr. 45.

Hausmädchen,

gut empfohlen, für 1. März oder früher gesucht. Eppenstein, Kai.-Frs.-Feldstr. 2.

Junger Mädchen,

welches Stenographie und Schreibmaschine erlernt hat. Sucht Anfangsstellung. Werte Offerten unt. B P 577 an das Tagbl. Kiefa erbeten.

Schulmädchen,

welches Ostern die Schule verläßt, wird als Aufwartung gesucht. Adresse zu erfragen im Tagebl. Kiefa.

Vereinsnachrichten

Tanzverein „Grünauf“ Gröba. Sonntag, den 3. Februar, nachmittags 3 Uhr Versammlung.

Böhtätigkeits-Berein Süd. Sechshäule

Verband Weiba. Morgen Sonntagabend, den 2. Februar, abends 8 Uhr **Jahreshauptversammlung** im Vereinslokal Lindengarten. Tagesordnung: Jahresbericht, Kassenbericht, Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet der Gesamtvorstand.

Gasthof „Goldner Löwe“.

Sonntagabend, den 2. Febr., abends 7 1/2 Uhr, Sonntag, den 3. Febr., 3 1/2 nachm. u. 7 1/2 Uhr abends **gr. humoristisches Konzert.**

Für Brautleute!!!

Acht kompl. Kücheneinrichtungen: mod. Plüschsofas, Kleiderkär., Wäscheschr., Vertikos, Tische, Rohrstühle, Schreibschreibtische, Bettk., Matratzen, Bauernstühle, Serviertische und alle Sorten andere Möbel hat nach preiswert abzugeben Oskar Moritz, Gröba, Schulstr. 7, Möbelmagazin.

Walter Balke,

Surückkehrt vom Grabe unseres lieben Bruders, Cousins, Neffen und Entfels danken wir allen denen, die seinen Sarg mit Blumen schmückten. Dank Herrn Warrer für die trostreichen Worte am Grabe, seinen Herren Lehrern, Schülern und Schülerinnen für den Gesang und das Geleit zur letzten Ruhestätte. Du aber, lieber Walter, „Ruhe sanft“ auf Wiedersehen! Seithain und im Felde, d. 31. 1. 1918. Die trauernden Geschwister und Verwandten. Ein Engel hing hernieder, Ihn sammert Erdenkern. Er trug zur Heimat wieder Ein junges Menschenherz.

Wilhelmine Rabsahl

Gestern abend 8 1/2 Uhr entfiel sanft nach langer Krankheit meine liebe Gattin und treuerstehende Mutter ihres Kindes, Frau im Alter von 48 Jahren. Dies zeigen schmerz erfüllt an der tiefertrauernde Gatte nebst Sohn. Höberau, am 31. Januar 1918. Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 3 Uhr statt.

Mittwoch nachmittags 1/5 Uhr verschied nach kurzer, schwerer Krankheit unsere liebe gute Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau **Amalie verw. Kimmel** in ihrem 58. Lebensjahre, tiefbetrauert von den Ihrigen. Seithain, den 30. Januar 1918. Die Hinterbliebenen. Die Beerdigung unserer lieben Entschlafenen erfolgt Sonntag nachm. 1/3 Uhr auf dem Friedhof zu Bobersien.

Nach schwerer Krankheit entschlief gestern 1/4 Uhr mein innigstgeliebter Gatte, Bruder, Schwager und Onkel, der Schiffbaumeister **Hermann Blochwitz** in seinem 56. Lebensjahre. Dies zeigen schmerz erfüllt an die trauernde Gattin Hedwig Blochwitz nebst Angehörigen. Bobersien, den 1. Februar 1918. Die Beerdigung erfolgt Montag mittags 1 Uhr vom Trauerhause aus.

Junger Mädchen, welches Schneider gelernt hat, sucht Arbeit als Aushilfe bei guter Behandlung. Werte Offerten unter C P 578 an das Tageblatt Kiefa.

Sausmädchen

Ein jüngeres, zweites wird zum 15. Febr. gesucht. Wo? an erfr. im Tagbl. Kiefa, Suche noch

1 Ofterjungen

auf größeres Gut sucht Vermittl. Schmidt, Pauß.

Erdarbeiter

auch Frauen, stellt sofort ein Bauunternehmung Seim & Co. Gleisbau Cskar Rosbach.

Wer verkauft Villa

a. Landhaus m. Gart. o. Uferland? Venede, Berlin-Wilmersdorf, Sigmaringenstr. 25.

Kaninchen,

darunt 2 gr. bels. Rammeln, zu verkaufen Glaubitz 53.

Eine afriane Fische,

9 m lang, 45 cm Mittensärke, zu verkaufen Poscha Nr. 9. Gebrauchter Geigenkasten zu kaufen gesucht Schillerstr. 7a, 2. r.

Alte noch brauchbare Stake'latten

werden zu kaufen gesucht. Wo? sagt das Tagbl. Kiefa. Dasselbe ist ein wackl. Hof- und Rughund zu verkaufen.

Fahrrad

zu verkaufen Wilhelmstr. 4.

Rational Kontrollkassen

mit Totaladdition zu kaufen gesucht. Offerten unt. W 13541 an das Tageblatt Kiefa.

Jöpfe

aus reinem Naturhaar in allen Farben. Daarwege in großer Auswahl. Menheiten in Daarshmut. — Oellnico-Daarwasser und Creme, unübertroffenes Mittel für Daarwuchs. Gold-Med. 1912. Hauptstr. 20, Endstation d. Straßenbahn. Jöpfe aus ausgekammtem Daar werden schnellstens angefertigt. Wirbaue, alte Jöpfe u. Unterlagen kauft d. O.

Sohlenschoener

wieder eingetroffen. Frz. Heintich & Co. Wagen, Wagenräder, Karren, Karrenräder, Treppenleitern, Malerleitern, Säckerstieber, Rudendeckel Wäschekrügen empfiehlt Döllcher, Bismarckstraße 70.

Frucht-Wermut

in Korbfässchen u. Fässern empfiehlt billigst E. M. Borchardt, Weinhandlung, Kleinschadowitz b. Dresden.

Hedwig Kiekel.

Sonntag gelsten Nr. 451—500. Die heutige Nr. umfasst 6 Seiten.

Beilage zum „Rieser Tageblatt“.

Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Söhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Nr. 27.

Freitag, 1. Februar 1918, abends.

71. Jahrg.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

X Brest-Litowsk, 30. Januar. Heute vormittag fand unter dem Vorsitz des türkischen Großwesirs eine Plenarsitzung statt, die von ihm mit einer Begrüßungsansprache eröffnet wurde. Staatssekretär v. Kühlmann teilte darauf die Entsendung des bayerischen Staatsministers Grafen v. Bodewits als Vertreter Bayerns zu den Verhandlungen mit.

Herr Trotsky erklärte anschließend, daß in der Zusammenkunft der russischen Delegation zwei Veränderungen festzustellen hätten, deren eine rein persönlicher Natur sei, während die andere staatsrechtliche und politischen Charakter trage: die Einreichung zweier Mitglieder der ukrainischen Volksrepublik in die russische Delegation. Die ukrainische Staatsrepublik habe drei Mitglieder zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen entsandt, von denen eins jedoch in Petersburg als Mitglied der Regierung des Rates der Volkskommissare zurückgeblieben sei. Herr Trotsky gab sodann erläuternd einen Überblick über die Zustände in der Ukraine, wo sich das ganze Bewerksgebiet von Jekaterinoslaw und die Gouvernements Charkow und Woltawa ganz in der Gewalt der ukrainischen Sowjets befinden. In den anderen Teilen der Ukraine gebe der Einfluß der Riewer Rada stetig zurück. Am Tage seiner Abreise aus Petersburg habe der direkte Drath aus Kiew den Rücktritt des Riewer Generalsekretariats gemeldet. Ein mit der Delegation dieses Sekretariats abgeschlossener Friede könne unter den augenblicklichen Verhältnissen keinesfalls schon als Frieden mit der ukrainischen Republik angesehen werden. Jetzt, wo in Petersburg der ukrainische Nationalkongress der Arbeiter, Soldaten- und Bauern-Deputation tagt, auf dem auch die ukrainischen Sowjets vertreten seien, und wo einmütig liberative Grundgedanken für die russische Republik geschaffen würden, entspreche die Aufnahme von Vertretern des ukrainischen Volkssekretariats in die hiesige russische Delegation durchaus den in der russischen Republik herrschenden Zuständen. Jedenfalls könnten aber nur solche mit der Ukraine getroffenen Abkommen anerkannt werden, die durch die Regierung der föderativen Republik Russlands formell bestätigt würden. Der in Brest-Litowsk zurückgebliebene Vertreter der ukrainischen Volksrepublik behielt sich seine Stellungnahme bis zum Wiedereintreffen der ganzen Abordnung vor.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte, daß er im Namen der Verbündeten die Unterstützung über die Darlegungen des Herrn Trotsky bis nach Entsetzen der Delegation der Riewer Rada aufzufassen beabsichtige. Die Lage könne ihm die zu sein, daß zwar das Bestehen einer freien ukrainischen Volksrepublik von keiner Seite in Frage gestellt werde, daß aber zwei konkurrierende Körperlichkeiten berechtigt zu sein behaupten, international eine freie ukrainische Volksrepublik zu vertreten. Die verbündeten Delegationen würden diese wichtige Frage gründlich prüfen.

Herr Trotsky erwiderte, für die russische Delegation sei das Bestehen einer zweiten Vorkommission auf ukrainischem Gebiet neben der Rada, die das ukrainische Volk zu vertreten beanspruche, kein Anlaß zur Stellungnahme gewesen, solange die Räte der ukrainischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Deputation sich noch nicht entschieden hätten, ob sie eigene Vertreter zu den Friedensverhandlungen entsenden wollten. Die Frage, welche der beiden Delegationen endgültig über die Wünsche der ukrainischen Republik zu sprechen berechtigt seien, sei nach dem Ergebnis des Kampfes zwischen den beiden Organisationen zu entscheiden.

Graf Czernin schloß sich der vom Staatssekretär von Kühlmann vertretenen Ansicht an und gab anheim, um die Zeit nicht unnützlich verstreichen zu lassen, inswischen die Kommission für territoriale Fragen ihre Arbeiten wieder aufnehmen zu lassen.

Herr Trotsky schloß sich diesem Wunsch an. Zalaat-Pacha schloß sodann die Sitzung mit dem Vorschlag, die Kommissionsberatungen wieder aufzunehmen, nachdem zuvor Herr Trotsky mitgeteilt hatte, daß die Untersuchung in der Angelegenheit der bei Beginn der letzten Verhandlungsperiode beabsichtigten, angeblich von der Petersburger Telegrammen-Agentur herausgegebenen Depesche über eine Erklärung Herrn Joffes ergeben habe, daß die Petersburger Telegrammen-Agentur ein solches Telegramm überhaupt nicht hinausgab. Die Entziehung dieses Mißverständnisses nachzuprüfen, müsse er daran interessierten Stellen überlassen.

Rücktritt der Riewer Rada? Die Petersburger Telegrammen-Agentur meldet: Die Fraktion der Sozialrevolutionäre der Linken hat aus Kiew die Meldung erhalten, daß das Generalsekretariat der ukrainischen Rada zurückgetreten ist. Das neue Sekretariat wird aus Vertretern der revolutionären Linken und der Bolschewiki gebildet werden. In Verbindung mit dem Rücktritt des Generalsekretariats werden auch die Vertreter der Rada in Brest-Litowsk durch andere ersetzt werden. Die Bestätigung dieser Meldung wird abzuwarten sein.

Die Berichterstatterin an die Entente. Die Petersburger Telegrammen-Agentur meldet: Das Mitglied der Friedenskommission in Brest-Litowsk Kameneff reist als außerordentlicher Vertreter des Rates der Volksbeauftragten nach Stockholm, Paris und London, um die Regierungen und die Völker der verbündeten Länder über den Gang der Besprechungen zu unterrichten. Die Abreise Kameneffs verzögerte sich durch den Eisenbahnstreik in Finnland.

Die Frage der deutschen Kolonien.

Der englische Abgeordnete Noel Buxton sprach in Manchester am 25. d. M. über die deutschen Kolonien in Afrika und führte aus: Die herrschende Ansicht in England sei, daß die Kolonien Deutschland nicht zurückgegeben werden dürften. Man bemühe sich, Gründe der Ehre und Moral und imperialistische Interessen für ihre Einverleibung in den britischen Kolonialbesitz ausfindig zu machen. Statt dessen sollte man bedenken, daß die Zurückbehaltung der deutschen Kolonien mit dem Weltfrieden unvereinbar sei und daß England sich bereits mit zu dem Grundgedanke „keine Annexionen“ bekannt habe. Ueberdies werde ein Hauptfaktor beim Friedensschluß Amerika sein, das sich liberlich Annexionen widersetze und auf dem Grundgedanke der offenen Tür bestehe. Wenn die Entente nicht die deutschen Ansprüche in Afrika anerkenne, so werde der Krieg weiter gehen. Deutschlands Behauptung, daß es einen Verteidigungskrieg führe, würde dann berechtigt sein. Uebrigens würde die Unterstellung des gesamten tropischen Afrikas unter internationale Kontrolle eine schwere Demütigung für das deutsche Souveränitätsgefühl bedeuten und die Schwierigkeiten keineswegs beseitigen. Nationale Eifersucht lasse sich nicht durch einen Föderalismus der Welt schaffen. Die beste Lösung würde die Ausbehnung der Grundzüge der Konvention von 1885 auf das

gesamte tropische Afrika unter Aufrechterhaltung der bestehenden Souveränitäten sein, abgesehen vom Kolonien-tausch auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen.

Langsam und die deutschen Kolonien. Der „Newport Herald“ meldet aus Washington: Im Repräsentantenhaus wurde die Frage der deutschen Kolonien erörtert. Langsam erklärte, das Schicksal der deutschen Kolonien werde bei Deutschland selbst liegen. Im übrigen dürfe man mit konkreten Kriegserörterungen den Friedensverhandlungen nicht vorgreifen wollen.

Friedenskundgebung englischer Arbeiter.

Eine Massendemonstration von Maschinisten und Angestellten verwandter Gewerkschaften in der Albertstraße in London am 27. ds. Mts. hat eine Entschlieung angenommen, welche die britischen und alliierten Regierungen auffordert, unverzüglich einen Waffenstillstand auf allen Fronten zu schließen und den Mittelmächten ein Friedensangebot auf folgender Grundlage zu machen: Keine Annexionen, keine Entschädigungen, Selbstbestimmung der Nationalitäten. Die Entschlieung verlangt, daß Vertreter der Arbeiterchaft aller kriegsführenden Länder an den Friedensverhandlungen teilnehmen, und erklärt, falls die Mittelmächte es ablehnen sollten, auf dieser Grundlage zu verhandeln, so werde die britische Arbeiterchaft der Regierung beistehen, den für die Fortsetzung des Krieges notwendigen Mannschaftserlös zu erhalten. Falls aber die englische Regierung es ablehnen sollte, den Mittelmächten dieses Angebot zu machen, dann würde die Verlammlung sich verpflichten, der Durchführung des Mannschaftserlöses entschiedenen Widerstand zu leisten. Der parlamentarische Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ bemerkt, daß die große Albertstraße dicht besetzt war, und Tausende keinen Platz finden konnten. Die Entschlieung sei einstimmig und begeistert angenommen worden. Technische Entschlieungen seien gleichzeitig in anderen Maschinistenbauorten, besonders am Clyde, am Tyne, in Sheffields und Barrow, angenommen worden.

Orlando über die italienischen Kriegsziele. „Progressive“ meldet aus London: Orlando erklärte in einer Unterredung mit Pressevertretern, die Kriegsziele Italiens umfassen nur die für die nationale Einheit notwendigen und als solche von Österreich-Ungarn anerkannte Gebiete. Vor dem Kriege habe Österreich Italien das Trentino und die Triestlinie angeboten und bezüglich Triests die Bereitwilligkeit auf Bewahrung der Autonomie erklärt. Es wäre deshalb fahrlässig, wenn diese von Österreich-Ungarn gelöste Frage seitens der Alliierten einer nochmaligen Erörterung unterworfen werden sollte.

Clash-Vorbringen, das Friedenshindernis. „New York Times“ berichtet aus London, daß Guymans binnen kurzem mit Henderson, Ramsay MacDonald, Sidney Webb nach Paris gehen wird, um eine Vereinbarung über das Friedensprogramm zu treffen, ehe die Arbeiterkongresse der Alliierten am 21. Februar in London zusammentritt. Der schwierigste Punkt, sagte Guymans in einem Interview, werde die clish-Lothringische Frage sein; er glaube, daß Lloyd Georges Formel die beste Aussicht biete, diese Frage zu lösen.

Wilson's „Reberzeugung“. „Times“ übernimmt aus Washington von maßgebender Seite, daß Oberst House nun nicht nach Europa zurückkehren werde. Wilson werde in seinen weiteren Vorkämpfen und Auslassungen nachdrücklich darauf hinweisen, daß seine Friedensverhandlungen mit der Militärpartei, welche Deutschland regiert, geführt werden könnten.

Trotsky über Bernen.

Trotsky richtete an den persischen Gesandten in Petersburg folgendes Schreiben: Bürger! Geliebter! Dinrichtung der im persischen Volk bestehenden Ungewißheit über das künftige Schicksal des englisch-russischen Abkommens vom Jahre 1907 habe ich die Ehre, im Namen der Regierung der Räte der russischen Republik das folgende zur Kenntnis zu bringen: In voller Uebereinstimmung mit den Grundgedanken internationaler Politik, wie sie am 26. Oktober 1917 von der zweiten Versammlung der Räte Russlands gebilligt wurden, erklärt der Rat der Volksbeauftragten das englisch-russische Abkommen vom Jahre 1907 als gegen die Freiheit und Unabhängigkeit des persischen Volkes gerichtet und für null und nichtig erklärt alle Verträge, die vor oder nach dem erwähnten Abkommen geschlossen wurden und die in irgend einer Hinsicht das persische Volk in seiner Freiheit und Unabhängigkeit einschränken oder verewaltigen. Glauben Sie mir, Bürger, Geliebter, daß jede Schwierigkeit, die dem persischen Volk durch die noch nicht aus dem persischen Gebiet abgezogenen russischen Truppen erwächst, gegen unseren Willen erfolgt und nur durch Unwissenheit der Soldaten oder durch den schlechten Willen der gegenrevolutionären Elemente im



Oberbefehl entsteht. Die Regierung des Rates trifft alle Maßnahmen, um Verlieren von den früheren Agenten des Zarismus und der imperialistischen Bourgeoisie zu verhindern, die in gleicher Weise Gelinde des persischen und des russischen Volkes sind. Jeder russische Bürger, der ungeschickter und roher Handlungsweise gegenüber persischen Bürgern angeklagt ist, wird mit der ganzen Strenge der revolutionären Gesetze bestraft werden.

Die Lage an den Fronten und dahinter.

Von einem militärischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Mit größter Genauigkeit wird unser Volk vernommen, daß die unendliche Langmut der deutschen Regierung und Heeresleitung gegenüber den nichtswürdigen Völkerrichtungen unserer Gegner endlich ein Ende gefunden hat. In der Nacht vom 30./31. Januar ist Paris erfolgreich mit 14000 Störbomben besetzt worden, wie am Tage vorher London. Es handelt sich bei dieser Maßnahme weniger darum, die unschuldig hingemordeten Opfer französischer Redertracht und Tücke in friedlichen Dörfern und Städten, ohne militärische Bedeutung, weit ab von der Front zu rächen — dazu ist unser Gemüt zu sehr durchdrängt von Menschlichkeit, bei unseren Gegnern ist es nur die Zunge —, sondern es erweist sich als unangenehm notwendig, die Lebenden für die Zukunft möglichst zu schüden. Franzosen gegenüber, die für die Ehre und der Menschlichkeit kein Ohr besitzen, ist dies nur durch nachdrückliche Wiederholung zu erreichen, nach dem Grundgedanke Auge um Auge, Zahn um Zahn. Diesmal trat die Strafe ein für die Bombenwürfe auf deutsche Städte am Weihnachtstage und im Laufe des Januar, nachdem der Feind vorher eindringlich gewarnt war. Der deutsche Heeresbericht betont denn auch mit schwerem Ernste, daß dies der erste planmäßige Luftangriff auf Paris gewesen ist.

In Bernen werden größere Gesichte nicht gemeldet; doch bleibt die Tätigkeit der Luftarmee in der Luft wie am Boden eine anerkannte. Am englischen Teile der Front strigerte sich auch die Arbeit der Geschützmassen wieder. Nicht interessant ist die aus dem neutralen Ausland kommende Nachricht, daß das französische und englische Heer immer mehr miteinander verschmolzen seien und daß man ein Wanderrheer gebildet habe. Die engere Maßregel ist eine äußerliche Nachahmung der bündnischen Berechnung deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen innerhalb der einzelnen Armeen und soll wohl ein Kompromiß in der Frage des einheitlichen Oberbefehls darstellen. Man darf einigermassen neugierig sein, wie sich das bewähren wird; Franzosen und Engländer in einem Verband, Feuer und Wasser in innigem Verein. Das Wanderrheer ist der Furcht vor einer deutschen Offensiv und der Angst vor Ueberrassungen entworfen; es soll die Verteidigung begünstigen, die Artillerieschüsse aber soll zugleich der eigenen Bevölkerung Mut und Vertrauen einflößen. Man würde sonst eine solche taktisch-organisatorische Veränderung besser vermeiden. Wir können demgegenüber ruhig sagen: es non life it!

Natürlich haben die italienischen Heeresberichte den Erfolg ihrer Truppen zwischen Trient und der Brenzelschlucht als eine glänzende Waffentat hervor und berichten mit Genugtuung, daß sich die Zahl der österreichisch-ungarischen Gefangenen auf 2500 erhöht habe — denen übrigens 675 italienische Gefangene gegenüberstehen. Wir dürfen aber betonen, daß alle Angriffe des linken italienischen Flügels ebenso blutig abgewiesen sind, wie am 30. Januar ein neuer Angriff westlich Trient. Ihren Erfolg auf dem rechten Flügel verdankt die Gegner hauptsächlich dem Einsatz harter englischer und französischer Geschützmassen und nach anfänglichen Misserfolgen dem Nachschießen immer neuer Divisionen. Ein Teil der österreichisch-ungarischen Stellungen wurde dann planmäßig ohne Einwirkung des Gegners geräumt, um wieder harte Fronten zu erhalten. Der Widerstand unserer Verbündeten gegen einen überlegenen Feind war ein hartnäckiger und heldenmütiger. Alles in allem erhebt sich, wie nochmals festgestellt sei, der italienische Erfolg nicht über eine beschränkte örtliche Bedeutung; ihr linker Flügel westlich der Biave fließt nach wie vor bedroht.

Italienischer Heeresbericht vom 30. Januar. Die tapferen Truppen in der Gegend der Hochfläche fronten in glücklicher Weise die am 27. Januar östlich von Trient begonnenen Kämpfe. Sie nahmen dem Feinde am 28. Januar abends die besetzten Stellungen westlich des Brenzels-Tales und hielten sie mit großem Mut. Auf dem Col del Rosso und dem eckkommenen Bah bedrängten sie den Gegner, warfen ihn in die Gegend von Sasso Rosso zurück und schlugen zahlreiche feindliche Gegenangriffe mit der blanken Waffe ab. Am nächsten Tage wurde unser Erfolg durch Ertümmung des Monte di Val Bella ausgedehnt. Die feindlichen Verluste waren sehr stark. Zwei feindliche Divisionen wurden fast völlig aufgerieben. Die Beute ist noch nicht völlig gezählt. Aber es ist bereits bekannt, daß sie außer 100 Offizieren und 2500 Mann an Gefangenen, 6 Kanonen verschiedener Kaliber, ungefähr 100 Maschinengewehre, eine sehr große Zahl Bombenwerfer, mehrere tausend Gewehre sowie eine sehr große Menge Munition und Material aller Art umfaßt. Die feindliche Artillerie beschloß bestig die eroberten Stellungen.

Furcht vor einer Wadenen-Offensive. „National Tribune“ vom 30. Januar schreibt: Die Entente versucht, ihre Stellung auf dem Balkan zu stärken, wo eine Wadenenfische Offensive großen Stils spätestens im März erwartet werden kann. Auch in Palästina kommen dauernd deutsche Truppen an.

Eine Million tote Engländer in zwei Offensiven. Der militärische Mitarbeiter der Londoner Wochenchrift „The World“ hielt am 15. Januar fest, daß nach Zusammenstellungen des Kriegsamtens die Engländer während der zwei fehlgeschlagenen großen Offensiven an der Somme und in Flandern über 1 Million allein an Toten verloren haben. Der Kriegsrat in Versailles hat zu tagen begonnen. Die erste Vollziehung sah neben Clemenceau, Lloyd George und Orlando die Militärmissionen Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas vereinigt.

Archangelst noch in englischer Hand? Archangelst ist noch immer in englischer Hand unter dem Oberbefehl eines englischen Vizeadmirals, der einem ausschließlich von Engländern bewohnten Teile vorsteht. Im Marineministerium in Petersburg bearbeiten drei englische Seeoffiziere die Angelegenheiten des Weißen Meeres.

Don See und Luftkrieg.

Englisches U-Boot vernichtet. Aus Konstantinopel wird amtlich gemeldet: An den Dardanellen wurde durch Geschütze der Dardanellenbatterien das englische Unterseeboot „E 14“ bei Kuntale zerstört. Sieben Mann wurden getötet. Einem zweiten Unterseeboot „E 82“ wurde bei Nagara das Gebroch abgeschossen. Es wurde dann ein großer Delfin beobachtet, sodas auch dieses Boot mit großer Sicherheit als vernichtet gelten kann. Durch Maschinengewehrfeuer wurde ein englisches Wasserflugzeug, System Eber, bei Nagara zum Landen gezwungen. Die Besatzung ist gefangen und das Flugzeug unversehrt gezwungen.

Die Lage in Rußland.

Die Vorgänge in Finnland. „Aiton Tidningar“ erzählt aus Haparanda, das der finnische General Graf Rannerheim auf seinem Marsche nach Süden durch Schwabitsen und Bauern große Verstärkungen erhalten habe, und daß sein Heer von 15 000 auf 50 000 Mann angewachsen sei. Er beabsichtige nun, Finnland von den russischen Plagengeistern zu befreien, und soll sich auf dem Wege nach Björneborg befinden. — Die finnländische Gesandtschaft in Stockholm hat folgendes Telegramm von dem Befehlshaber des Schutzkorps in Finnland, dem General Grafen Rannerheim, erhalten: Lönne, 29. Januar, 11 Uhr abends. Vergangene Nacht und im Laufe des Dienstag wurden russische Soldaten in Remi, Raiena und Simons entwaffnet. In St. Michel wurde die rote Garde gezwungen, sich zu ergeben. Die Anführer wurden gefangen genommen. Die Schutzkorps zeigte überall großen Selbstmut, sie nahmen im Sturme feuernde Batterien. Der Kampf in Gamsa-Karlehn war ziemlich heftig bis 7 Uhr nachmittags, wo alles glücklich fertig war.

Der Konflikt mit Rumänien. In einer den Bruch der russischen Funkdrachmeldeung heißt es u. a.: Die mit Verbrechen besetzte rumänische Oligarchie hat Kriegshandlungen gegen die russische Republik eröffnet. Die Verbrechen der rumänischen Militär- und Zivilmacht sind unzählig. Die Vertreter der russischen revolutionären Truppen wurden ausgehört und entpaffnet. Der Rat der Volkskommissare verurteilt: Alle diplomatischen Beziehungen mit Rumänien werden abgebrochen. Der in Moskau aufbewahrte Goldfonds Rumänien wird als unantastbar für die rumänische Oligarchie erklärt. — Ein weiterer Funkbruch sagt u. a.: Herr Diamanti mit seinen Agenten wird aus den Grenzen der russischen Republik hinausgeschoben, wodurch die Herren Ententeoffiziere von der Notwendigkeit befreit werden, immer neue Forderungen betr. der Unantastbarkeit des Herrn Diamanti stellen zu müssen.

Beschlagnahme zweier Fabriken. Der Rat der Volksbeauftragten verfügte, daß die metallurgische Fabrik von Schwitz und die Flugzeugfabrik von Laslo mit allem Zubehör zugunsten des Staates beschlagnahmt werden, da die Verwaltungen der genannten Fabriken sich der Kontrolle der Arbeiter widersetzen und die Arbeit einstellen beabsichtigen. Die Newski-Fabrik wird Eigentum der russischen Republik und dem Handel- und Industrie-Kommissariat übergeben. Das technische Personal soll im Amte bleiben. Fälle von Arbeitsverweigerung und Sabotage kommen vor die revolutionären Gerichtshöfe.

Sächsischer Landtag.

101. Dresden, 28. Januar.

Zweite Kammer.

Am Regierungssitz Staatsminister Graf Vithum v. Eckstädt. Beginn der Sitzung 12 Uhr. Zur allgemeinen Vorbereitung steht der Antrag Andra und Gen. (Konfer.) betr. die Errichtung einer besonderen Abteilung für die Landwirtschaft im Ministerium des Innern, ferner der Antrag Göpfert und Gen. betr. Maßnahmen auf allen Wirtschaftsgebieten nach dem Kriege, endlich der Antrag Wehnert und Gen. (Konfer.) betr. Vereinfachung der Organisation der während des Krieges neuerrichteten Militärbehörden und der unteren Verwaltungsbehörden. Nachdem die drei Antragsteller ihre Anträge begründet haben, erklärt der Minister des Innern Graf Vithum v. Eckstädt: Die Vereinfachung der Schwierigkeiten, die sich aus der gleichzeitigen Behandlung wirtschaftlicher Fragen durch das Lebensmittelland und das Ministerium des Innern ergeben, könne er in Aussicht stellen. Die Einrichtung einer besonderen Abteilung für Landwirtschaft werde die Regierung prüfen. Es schweben zurzeit noch Erwägungen wegen der finanziellen Anforderungen hierfür. Abg. Wehnert (Konf.) wünscht Vereinfachung des komplizierten Beamtenapparates und Einsparung der Organisationskosten. Abg. Caska (Soz.) verlangt eine neue Abteilung für Volksernährung. Abg. Jöhnel (Nat.) fordert die Zulassung des freien Handels bei Beginn der Uebergangswirtschaft. Abg. Böhmke (Konf.) wünscht eine rücksichtslosere Vertretung der sächsischen wirtschaftlichen Interessen. Abg. Noth (Fortchr. Vp.) beklagt sich über mangelhafte Entscheidungen der Kriegswirtschaftsstellen. Abg. Seeger (Unabh. Soz.) lehnt den Antrag Andra ab und wünscht Beschränkung des Einflusses der Militärbehörden. Nach weiterer Aussprache zwischen dem Ministerialdirektor Dr. Moscher sowie den Abg. Dr. Jöhnel (Nat.), Feld und Böhmke werden die Anträge an die betr. Ausschüsse verwiesen. Nächste Sitzung Montag, den 4. Februar, nachm. 4 Uhr: Etatkapitel und Interpellation Wehnert betr. Aufhebung der Grenzsperr. Schluß nach 4 Uhr.

Erste Kammer.

Am Regierungssitz Staatsminister Dr. Ved. Graf Vithum v. Eckstädt, von Seydewitz und Dr. Nagel. Beginn der Sitzung 11 1/2 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird in die Zwischendeputation für die Beratung des Kohlenbergbaugesetzes anstelle des ausgeschiedenen Oberbürgermeisters Dr. Dittich nach zweimaligem Wahlgang Geh. Oekonomierat Steiger-Leutenich mit 20 Stimmen gewählt, während 14 Stimmen auf den Kommissar Leonhardt entfallen. Auf der Tagesordnung stehen die Kap. 71 und 72, des ordentlichen Staatshaushaltsplanes betr. Verwaltung des gemeinschaftlichen Ministerialgebäudes in Dresden-Neustadt und allgemeine und unvorhergesehene Ausgaben im Geschäftsbereich des Ministerium des Innern. In Verbindung damit die allgemeine Aussprache über den Staatshaushaltsplan. Oberbürgermeister Blüher beantragte als Berichterstatter die Annahme der erwähnten Kapitel nach der Vorlage. Wirkl. Geh. Rat Dr. Wehnert: Die kommenden 2 Jahre würden voraussichtlich die wichtigsten und folgenschwersten der sächsischen Geschichte sein. Gossentlich werde in diesen 2 Jahren endlich der beherrenzte Frieden wiederkehren. Die Erste Kammer stehe einmütig auf dem Boden des Königstelegramms, das in der II. Kammer Antrag zu einer längeren Aussprache gab. Mit großer Aufmerksamkeit verfolge das Volk die Vorgänge in Dresden. Die heimische Volkswirtschaft müsse auch künftig in Schutz genommen werden. Es solle eine besondere Abteilung für Landwirtschaft im Ministerium des Innern gegründet werden. Notwendig sei die Herbeiführung eines besseren Verhältnisses zwischen Stadt und Land. Der Nachmittagsantrag müsse nach dem Kriege anders geregelt werden. Es sei mit Dank zu begrüßen, daß die sächsischen Arbeiter nicht den Sirenenklängen aus dem Osten gefolgt seien, die ihnen eine glückliche Zukunft vorgaukelten

mit andres als das Unglück aller herbeiführen würden. Die Lösung müsse für alle lauten; Angesichts des Feindes treu zusammenhalten bis zum siegreichen Ende.

Geh. Kommissar Dr. Vithum: Eine auf Weltwirtschaft gegründete Industrie sei das Lebensinteresse des sächsischen Volkes. Darum müsse der Industrie alsbald nach dem Kriege eine ungehemmte Entfaltung ihrer Kräfte ermöglicht werden. Die Finanzpolitiker dürften keine dauernde Einrichtung werden. Die Steuerquellen müßten den Bundesstaaten ungeschmälert erhalten bleiben, damit sie sich auch weiter ihren Kulturaufgaben widmen könnten. Oberbürgermeister Reil-Zwickau: Die Regierung möge angesichts der günstigen Finanzlage des Landes den Gemeinden zu Hilfe kommen. Redner geht auf Einzelheiten des Staatshaushaltsplanes ein und bemerkt zum Schluß, daß die Feinde nach dem Scheitern ihrer früheren Hoffnung auf ihre militärische, finanzielle und wirtschaftliche Überlegenheit jetzt die letzte Hoffnung auf innere Uneinigkeit setzen. Über auch diese Hoffnung dürfte zu schanden werden. Oberbürgermeister Blüher-Dresden: Der Staatshaushaltsplan erfülle ihn mit einer gewissen Sorge. Denn er enthalte nichts für die Unterstützung der Gemeinden, für Wohnungs- und Bevölkerungspolitik. Sobald einmal die Staatsbetriebe für Elektrizität und Braunkohle in Tätigkeit seien, so müsse aus ihnen für den Staat das möglichste herausgeholt werden, um die Deckungsmittel auf eine bessere Grundlage zu stellen. Die vom Staate angekauften Referenzen sollten herangezogen werden, um die Steuerkraft des Volkes während der Uebergangswirtschaft zu schonen. Eine der wichtigsten Maßnahmen, um eine planmäßige Bevölkerungspolitik zu betreiben, sei die Uebernahme der Wohnungsfrage. Das Verfahren zur Uebernahme der Wohnungsfrage müsse unbedingt abgeklärt werden. Finanzminister v. Seydewitz: Die Kriegswirtschaftspflege könne den Gemeinden nicht entzogen und vom Staate übernommen werden. Der Staat müsse sich für die ihm in Zukunft bevorstehenden Aufgaben leistungsfähig erhalten. Die Erwerbsbeschränkungen des Staates würden erhöht werden müssen. Von dem Schlagwort „Fiskalismus“ lasse er sich nicht einschüchtern, das man immer gebrauche, wenn die Regierung die allgemeinen Interessen den Einzelinteressen voranstelle. Die Regierung bitte das Haus, sie in ihren Bestrebungen zu unterstützen, aus dem in wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates angelegten Kapital eine angemessene Verzinsung und Tilgung herauszuwickeln, im wohlverstandenen Interesse der Steuerzahler. Der Bedarf des Reiches werde groß sein. Er müsse, wenn keine Kriegsentwicklungen eintreten sollten, durch jetzt noch verschlossene indirekte Uebgaben und durch Monopole gedeckt werden. Eine große Vermögensabgabe oder gar Konfiskation würde sich abgeben von den Schädigungen, die sie der Industrie bringen würde, als ein Eingriff in das Steuergebiet der Einzelstaaten darstellten. Die Kriegslage, so schloß der Minister, sei äußerst günstig. Man dürfe die bestimmte Hoffnung hegen, daß der Krieg in Kürze beendet werde, wenn man nur in der Heimat durchhalte und nicht durch Uneinigkeit den Erfolg gefährde. Er vertraue fest, daß das tüchtige Volk allen Schwierigkeiten zum Trost den Frieden erreichen werde, den es durch seine großartigen Leistungen verdient habe. (Lebhafte Beifall.) Die Kapitel werden hierauf einstimmig angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag den 7. Februar, vormittags 11 1/2 Uhr. Etatkapitel. Schluß 5 Uhr.

Die Eisenbahnen im Kriege.

Die gegenwärtige Zeit steht infolge des Eintritts und Wirtschaftskrieges allenthalben unter dem Zeichen des „Ersatzes“. Wie erfindlich in dieser Beziehung die Not der Verhältnisse die Menschen gemacht hat, erleben wir täglich mit Staunen. Es wird deshalb von Interesse sein zu erfahren, wie es damit auf einem so weitverzweigten, wichtigen, die Allgemeinheit und Öffentlichkeit aus engste berührenden Gebiete wie dem des Eisenbahnwesens steht. Die Ueberbrückung vom Weltmarkt hat auch den Bahnbetrieb zur ausgiebigen Benutzung von Ersatzmitteln gezwungen. Die bisher als Kupfer gefertigten Feuerbüchsen von Lokomotivteilen wurden aus Flußeisen; Bremss-, Licht- und Beleuchtungseinrichtungen an Tender und Wagen, die ehedem aus Bronze oder Messing bestanden, jetzt ebenfalls aus Eisen hergestellt. Das gleiche gilt von Türklinen, Beschlägen und Ausschrittelungen. Da mit Jinn auch sehr häuslicher gewirtschaftet werden muß, verwendet man bei den Lagern, in denen die Radachsen laufen, statt der Jinnlagerung nur Jinn und Blei, ohne daß die Sicherheit des Betriebes, für welche die gute Beschaffenheit der Achsenlager von grundlegender Bedeutung ist, auch nur im geringsten gefährdet wäre. Durch derartige Maßnahmen wurde nicht nur der unentbehrliche Metallbedarf, der Staatsbahnen gedeckt, sondern es konnten auch große Kupfermengen der Deeresverwaltung zur Verfügung gestellt werden. Gebrauch und Zusammenfassung von Schmiermitteln haben eine außerordentliche Veränderung erfahren, da viele nicht mehr zu beschaffen sind. Sautschud bildete bisher das einzig brauchbare Material für Brems- und Heizungs-Auflagen sowie für die verschiedenen Spritz- und Füllschläuche. Diese Auflagen und Schläuche werden jetzt nach einem besonderen Verfahren aus Papier hergestellt und zeigen sich brauchbar. Beim Wagenbau mußten früher wegen der geringeren Länge des inländischen Hartholzes, ausländische Hölzer verwendet werden. In Ermangelung des letzteren ist man sich jetzt damit, daß man zwar inländisches Holz verarbeitet, die Werkstücke aber aus einzelnen Teilen zusammenfügt. Die gedekten Güterwagen werden überhaupt nicht mehr aus Holz, sondern aus Eisen verfertigt. Der Leitwagendübel der Wagenbäder wurde durch sorgfältig verbundene Blechtafeln ersetzt. Bei der Wagenbeleuchtung mußten Paraffinlampen an Stelle der Gaslampen treten. Für Leder, Textilwaren, Leinwandarbeiten usw. werden vielfach minderwertige Ersatzstoffe, zum Beispiel Papiergewebe, verwendet, die durch entsprechende Bearbeitung immerhin gebrauchsfähig gestaltet werden. Diese Beispiele lassen sich noch reichlich vermehren. Zwar werden viele Ersatzmittel, nicht nur die im Eisenbahnbetrieb, verwendeten, in späteren Friedensjahren verschwinden, aber sie werden jedenfalls während der Uebergangswirtschaft noch wertvolle Dienste leisten, solange wir über die früher zugänglichen Rohstoffe noch nicht im vollen Maße verfügen. Viele Einführungen aus dem Ausland werden dadurch vor der Hand für uns entschädlich werden und dies wird der Verbesserung unserer Baluta von Nutzen sein. Zahlreiche Ersatzmittel sind aber überhaupt von selbständigem Wert. Ihre Herstellung wird zur rationelleren Ausnutzung unserer heimischen Produkte führen, und in vielen vom Auslandsmarkt ganz unabhängig machen und in Anbetracht des erheblichen Bedarfs gerade der Eisenbahnen unserer Volkswirtschaft in hohem Maße augute kommen.

So hat denn wieder einmal das alte Faust-Wort von dem Geiß, der Feind das Böse will und doch das Gute schafft, seine Bestätigung erfahren: die von England erlommene Ueberbrückung vom Weltmarkt, vermochte nicht nur nicht unser Wirtschaftsleben zu erschöpfeln, sondern hat unsere Lastrakt nur noch mehr angefüllt und uns Hilfsquellen entdecken gelehrt, auf die wir ohne den Druck der eisernen Notwendigkeit gar nicht verfallen wären.

Bericht über die öffentliche Gemeindevorstellung in Gröba

am 29. Januar 1918 im Sitzungssaale der Zentralschule. (Schluß aus voriger Nr.)

8. Berichtet Herr Gemeindevorstand Hans über die Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung der Gemeinde. Gesucht an alle zuständigen Instanzen hätten nur den Erfolg gebracht, daß uns Vorkaufsbüchlein abgegeben wurden, die aber von den Werken und Firmen mit der Begründung zurückblieben, daß sie nur ihre alten Kunden berücksichtigen, neue aber nicht annehmen könnten. Durch Ueberweisung unseres Ortes aus dem Versorgungsgebiet Westschlesien an die Lausitz, seien die Schwierigkeiten Kohlen heranzuführen noch ungünstiger geworden. Die Bestimmung des Kohlenfundortes, die Versorgung der Gemeinde nach Maßgabe der vorhandenen Kohlenbänder vorzunehmen, wirkt in Gröba besonders ungünstig, da von den 4 Kohlenbändern in Friedenszeiten nur noch 1 vorhanden ist. Kohlenbänder seien in genügender Menge zu haben, könnten aber nur als Streckungsmittel dienen, sonst aber nicht verwendet werden. Die Verteilung mühte nach Maßgabe der Haushaltungen vorgenommen werden. Herr Strehle betont besonders die Schwierigkeiten des Kohlenmangels in den Häusernbetrieben, die für die Zukunft zur größten Veranlassung werden. Die Verteilung für Gröba entspreche durchaus nicht den bestehenden Verhältnissen. Herr Hannes übt scharfe Kritik an den Maßnahmen des Kohlenfundortes. Er empfiehlt dringend, jeden Weg zu beschreiten, der irgend Aussicht auf Erfolg habe, um die Not zu lindern. Herr Schmidt bestätigt, daß die Gemeindeverwaltung nicht unverzucht gelassen habe, Kohlen heranzuführen. Wenn der Erfolg ausgeblieben sei, so hätte dies lediglich seinen Grund in den Erdverhältnissen, die der Gemeinde in den Weg gestellt worden seien. Der Gemeindevorstand beschließt, eine Uebernahme der Kohlen von der Gemeindeverwaltung, bestehend aus den Herren Gemeindevorstand Hans, Gemeindevorstand Strehle und Gemeindevorstand Hannes zu beauftragen, beim Ministerium in Dresden persönlich die Notlage in der Kohlenversorgung vorzutragen und auf Besserung hinzuwirken.

9. Nach einem Vorschlage des Finanz-Ausschusses beschließt das Kollegium, die Auszahlung der Rechnungen an Gewerken über Lieferungen und Arbeiten für die Gemeinde nur noch an einem Tage im Monat zu bewirken. Die Rechnungen sind bis zum 6. des folgenden Monats im Gemeindevorstand abzugeben, werden dort bis 10. geprüft und bestätigt und gelangen am 15. und falls dies ein Sonntag oder Feiertag, dann am 14. zur Auszahlung. Es soll mit diesem Verfahren eine wesentliche Vereinfachung in der Geschäftsführung erreicht werden. Abgaben an die Gemeindefassungen werden von dieser Maßnahme nicht berührt.

10. Mit Gültigkeit vom 1. Januar 1918 ab sind vom Finanz-Ausschuss neue Bestimmungen über die Höhe der Familienunterstützungen an Kriegserkrankten ausgearbeitet worden, nach welcher zu zahlen sind:

Ehefrau allein	Reichs-		Beiräte-		Gemeinde	Zusammen
	unterstützung	unterstützung	unterstützung	unterstützung		
25.-	25.-	14.-	16.-	55.-	90.-	
und 1 Kind	40.-	19.-	21.-	80.-	120.-	
" " 2 Kinder	55.-	22.-	17.-	95.-	150.-	
" " 3 "	70.-	26.-	14.-	110.-	180.-	
" " 4 "	85.-	28.-	12.-	125.-	200.-	
" " 5 "	100.-	29.-	11.-	140.-	220.-	
" " 6 "	115.-	30.-	10.-	155.-	240.-	
" " 7 "	130.-	31.-	9.-	170.-	260.-	
" " 8 "	145.-	32.-	8.-	185.-	280.-	
" " 9 "	160.-	33.-	7.-	200.-	300.-	
" " 10 "	175.-	34.-	6.-	215.-	320.-	

Die Gemeindevorstellung wird nur dann in der vollen Höhe gewährt, wenn die Kriegserkrankte keinerlei laufende Arbeitgeber-Unterstützung erhält und keinen ständigen eigenen Verdienst hat. Die Arbeitgeber-Unterstützung wird in voller Höhe angerechnet, der eigene Verdienst nur zur Hälfte des monatlichen Betrages. Frauen, die sich einen Verdienst gesucht haben, und die keine Arbeitgeber-Unterstützung erhalten, aber unter Hinzurechnung der Hälfte ihres Verdienstes keinen Anspruch auf die Gemeinde-Unterstützung haben, erhalten folgende Gemeinde-Unterstützungen: Ehefrau ohne Kind monatlich 3 Mark, für jedes Kind unter 14 Jahren monatlich 1 Mark mehr, jedoch höchstens zusammen 10 Mark monatlich. In Kriegserkrankten, die wöchentlich über 25 Mark Lohn einschließlich Feuerungszulagen erhalten, wird keine Gemeinde-Unterstützung gewährt. Kriegserkrankten wird die Gemeinde-Unterstützung entzogen, wenn sie bei der Befragung durch Gemeindevorstand falsche Angaben über ihre Einkommensverhältnisse machen, auch sind diese Frauen verpflichtet, Veränderungen in ihren Einkommensverhältnissen bei der nächsten Befragung dem Gemeindevorstand anzuzeigen. Besondere Mietszins-Beihilfen werden künftig nicht mehr gewährt. Die neue Regelung tritt vom 1. Januar 1918 ab ein.

11. Frau Heilmann in Riesa, bisher Gebamme in Kurschwalde bei Chemnitz, bewirbt sich um die 2. Gebammenstelle in unserer Gemeinde. Das Kollegium beschließt, unter Zustimmung der Ritterschaftsverwaltung, ihr die Stellung in Aussicht zu stellen, sobald sie ihren Wohnsitz in Gröba genommen hat.

12. Der Fuhrweg von der Strehlaer nach der Allee-straße hinter dem Grottschen Gute soll auf Vorschlag des Bauausschusses aus Zweckmäßigkeitsgründen für den öffentlichen Verkehr abgebrochen und nur bei Hochwasserfahrgefahr geöffnet werden. Der Gemeinderat stimmt dem zu. — Einen gleichen Wunsch äußerte Herr Zimmermann hinsichtlich des Fuhrweges von der Steinstraße nach der Feldstraße. Der Bauausschuss wird beauftragt, die weiteren Schritte zu unternehmen.

13. Herr Schmidt bringt Klagen von Einwohnern zur Sprache über die durch die Anwendung der neuen Bestimmungen über Berechnung des Gasverbrauchs für die Gasabnehmer geschaffenen Härten und bittet Mittel und Wege zu schaffen, diese zu beseitigen. Die Maßnahme, das nur 80% des früheren Verbrauches entnommen werden darf und jeder weitere Kubikmeter mit 50 Pfennig zu bezahlen sei, treffe besonders die kleinen Konsumenten hart, was nicht gerechtfertigt erscheine. Es müsse ein Mindestverbrauchsmaß festgelegt werden. Herr Gemeindevorstand Hans pflichtet den Ausführungen bei, weist aber darauf hin, daß die Regierung durch das Kriegszollgesetz Berlin die Verteilung der Gaslieferung habe. Vielleicht liege sich ein Ausgleich schaffen, wenn der Gasverbrauch auf 3 Monate berechnet werde. Nachdem auch die Herren Münd, Gartenholzer, Krause und Kiedel sich entgegenkommend für die Gasabnehmer geäuert hatten, beschließt man die Angelegenheit dem Bauausschuss zur Überweisung.

14. Herr Hannes lenkt die Aufmerksamkeit auf den immer mehr fühlbar werdenden Mangel an Wohnungen, besonders der kleineren. Er weist darauf hin, daß hiesige Industrie-Unternehmer Wohnhäuser ankaufen, um Wohnungen für ihre Beamten zu schaffen, und die alten Mieter zwingen auszusiedeln. Auch verschiedene Hausbesitzer nützen die große Notlage und Nachfrage an Wohnungen aus, um die Mietpreise zu erhöhen. Der Gemeinderat müsse es für seine Pflicht erachten, die Wohnungsfrage zu überdenken und gegebenenfalls dagegen einzuschreiten. Herr Gemeindevorstand Hans teilt mit, daß Anfang nächster Woche die geplante Zusammenkunft zur Regelung der Wohnungsnot stattfinden wird. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.